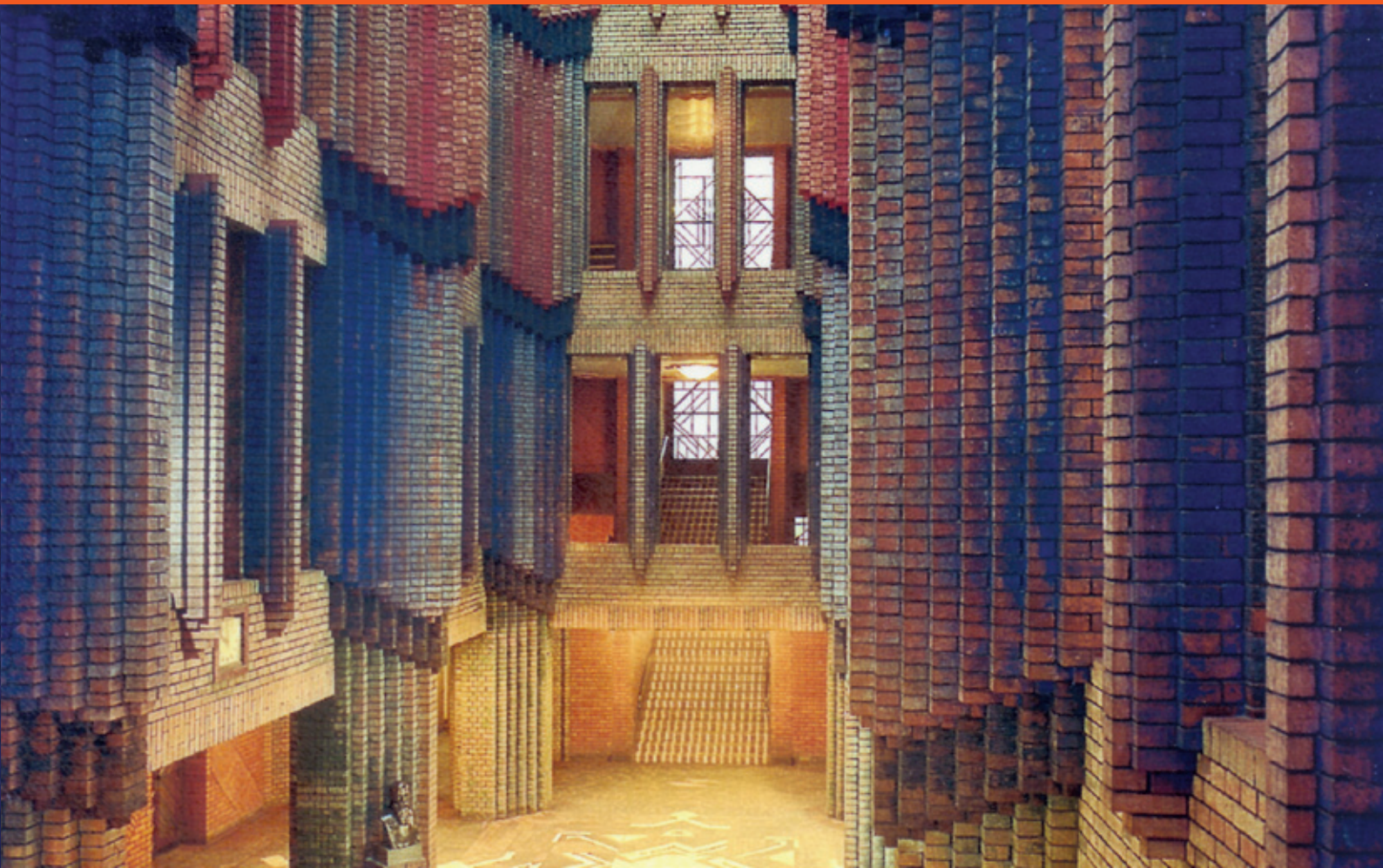


Geschäftsbericht



2010

■ **Pensionskasse der Mitarbeiter der Hoechst-Gruppe**

Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit

Auf einen Blick

in Mio. €	2010	2009	2008	2007	2006
Kapitalanlagen	6.145	5.979	5.822	5.682	5.497
Deckungsrückstellung	5.938	5.791	5.640	5.509	5.368
Verlustrücklage	223	206	195	185	174
Bilanzsumme	6.291	6.125	5.961	5.819	5.619
Beitragseinnahmen	134	139	143	143	126
Kapitalerträge	311	300	291	267	249
Versicherungsleistungen	242	237	232	227	221

Anzahl Versicherungen	2010	2009	2008	2007	2006
aktive Pensionsversicherungen	36.878	39.647	41.824	43.426	44.819
aktive Zulagenversicherungen	18.185	17.333	16.274	14.917	13.122
beitragsfreie Pensionsversicherungen	18.678	17.416	16.649	16.106	15.759
Pensionsversicherungen in der Leistungsphase	52.282	51.086	49.913	48.590	47.305
– davon aus Zulagenversicherungen	1.849	1.429	1.056	690	405

■ Pensionskasse der Mitarbeiter der Hoechst-Gruppe

Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit

Inhalt	Seite
Abkürzungsverzeichnis	2
Bericht über das Geschäftsjahr 2010	3
Lagebericht	13
Jahresabschluss	
A. Bilanz zum 31. Dezember 2010	22
B. Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010	24
C. Anhang	
1. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden im Jahresabschluss 2010	26
2. Entwicklung der Aktivposten im Geschäftsjahr 2010	28
3. Angaben zur Bilanz zum 31. Dezember 2010	29
4. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010	41
5. Organe der Pensionskasse	46
D. Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	50
E. Bericht des Aufsichtsrats	51

Abkürzungsverzeichnis

aba	Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung e. V.
Abs.	Absatz
a. F.	alte Fassung
AltEinkG	Alterseinkünftegesetz
ATZ	Altersteilzeit
AVB	Allgemeine Versicherungsbedingungen
AVmG	Altersvermögensgesetz
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BetrAVG	Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung
BilMoG	Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz
CTA	Contractual Trust Arrangement
€	Euro
EGHGB	Einführungsgesetz zum Handelsgesetzbuch
ff.	fortfolgende
ggf.	gegebenenfalls
GDV	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V.
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
HGB	Handelsgesetzbuch
IAS	International Accounting Standards
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer
IFRS	International Financial Reporting Standards
Mio.	Million(en)
Pensionskasse	Pensionskasse der Mitarbeiter der Hoechst-Gruppe VVaG
PwC	PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
RechVersV	Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen
Tsd.	Tausend
US-GAAP	United States Generally Accepted Accounting Principles
VAG	Versicherungsaufsichtsgesetz
VVaG	Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit
z. B.	zum Beispiel
ZfA	Zentrale Zulagenstelle für Altersvermögen

Bericht über das Geschäftsjahr 2010

Reform des Versorgungsausgleichs bei Ehescheidung

Zum 1. September 2009 ist das neue Versorgungsausgleichsgesetz in Kraft getreten. Es regelt die Aufteilung von Anrechten der Ehegatten auf Versorgungsanrechte im Scheidungsfall. Das Gesetz ist vom Gedanken des Halbteilungsgrundsatzes geprägt. Alle in der Ehezeit erworbenen Versorgungsanrechte sollen jeweils zur Hälfte zwischen den geschiedenen Ehegatten aufgeteilt werden. Durch diese Teilung erhält der ausgleichsberechtigte Ehegatte ein eigenes Anrecht bei dem Versorgungsträger des ausgleichspflichtigen Ehegatten. Das ist der Grundsatz der internen Teilung. Die Pensionskasse hat somit in Scheidungsfällen per Gesetz neue Versicherte aufzunehmen. Sie hat als Verfahrensbeteiligte im Falle der Scheidung von Versicherten den Ehezeitanteil des Anrechts zu berechnen und dem Gericht einen Vorschlag für die Bestimmung eines Ausgleichswertes zu unterbreiten. Bei der internen Teilung von Anrechten auf betriebliche Altersversorgung erhält der Ausgleichsberechtigte die Stellung eines mit unverfallbaren Anwartschaften ausgeschiedenen Arbeitnehmers. Eine Übertragung und Begründung von Anrechten auf betriebliche Altersversorgung ist bei einem anderen Versorgungsträger jedoch nur dann wirksam, wenn die maßgeblichen Regelungen dies zulassen und die Pensionskasse als Versorgungsträger zustimmt (externe Teilung). Der Abstimmungsprozess zu den notwendigen Änderungen der Satzung und der AVB mit der BaFin konnte im ersten Halbjahr 2010 abgeschlossen werden. Nach Beschlussfassung durch die Vertreterversammlung sind die geänderten Fassungen von Satzung und AVB am 1. Juli 2010 in Kraft getreten.

Schließung der Pensionskasse für Neueintritte zum 31. Dezember 2011

In den vergangenen Jahren haben fast alle Trägerunternehmen der Pensionskasse die Durchführung ihrer betrieblichen Altersversorgung über die Pensionskasse geschlossen und führen ihre betriebliche Altersversorgung für Neueintritte überwiegend über die Höchster Pensionskasse VVaG durch. Im Hinblick auf die sich verändernden rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen hat die Vertreterversammlung am 1. Dezember 2010 die Schließung der Pensionskasse für Neueintritte nach dem 31.12.2011 beschlossen. Die neu gefasste Satzung ist am 1. Januar 2011 in Kraft getreten.

Verstärkung der biometrischen Rechnungsgrundlagen

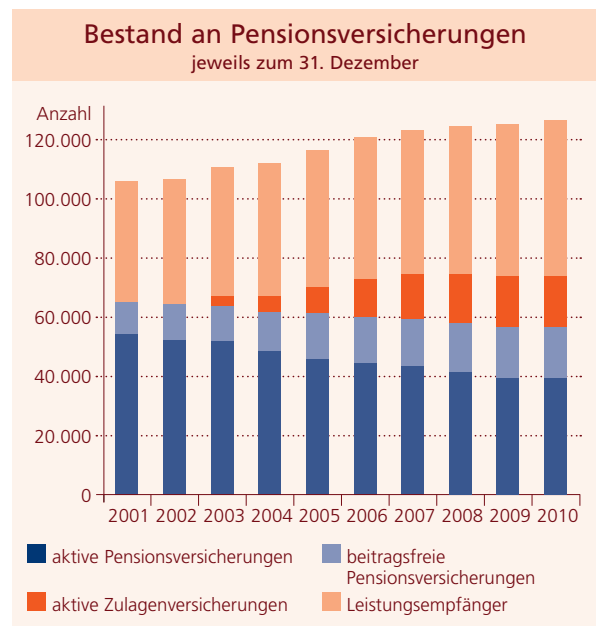
Als biometrische Rechnungsgrundlagen werden alle Annahmen bezeichnet, die mit dem Leben der Leistungsberechtigten im weitesten Sinne in Zusammenhang stehen. Es sind dies Annahmen zur Sterblichkeit der Versicherten, Rentenbezieher und Ehegatten. Des Weiteren gehen Rechnungsannahmen zur Verheiratungshäufigkeit zum Zeitpunkt des Todes, zum Altersunterschied der Ehegatten sowie zur Invalidisierungswahrscheinlichkeit ein. Im Hinblick auf den beobachteten Trend des Anstiegs der ferneren Lebenserwartung wurde mit der BaFin das Verfahren zur weiteren Verstärkung der biometrischen Rechnungsgrundlagen der Pensionskasse abgestimmt. Die Berechnung der Deckungsrückstellung erfolgt nunmehr unter Verwendung des Technischen Geschäftsplans in der durch die BaFin zuletzt mit Schreiben vom 12. Juli 2010 genehmigten Fassung. Damit ist sichergestellt, dass die Kasse auch künftig über ausreichende Sicherheiten in den biometrischen Rechnungsgrundlagen verfügt. Die im Jahr 2009 begonnene Umstellung auf die neuen Rechnungsgrundlagen RT Heubeck 1998 mod 2009 erfolgt in gleichen Schritten über einen Zeitraum von fünf Jahren. Die Verstärkung der biometrischen Rechnungsgrundlagen wurde in 2010 plangemäß fortgesetzt und wird voraussichtlich in 2013 abgeschlossen werden.

Migration Rechenzentrum

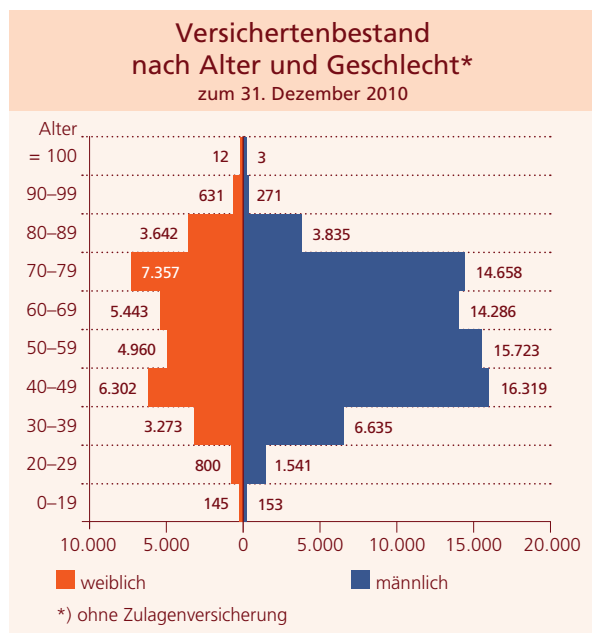
Im Rahmen einer turnusgemäß durchgeführten Ausschreibung wurde im abgelaufenen Jahr der Betrieb des Rechenzentrums der Pensionskasse neu ausgeschrieben und ein neuer Dienstleister ausgewählt. Die anschließende Migration der Systeme wurde auch zur Aktualisierung und Optimierung der IT-Strukturen genutzt. Projektbegleitend wurde eine Qualitätssicherung durch PwC durchgeführt. Das Projekt wurde planmäßig abgeschlossen und die erwarteten Projektziele erreicht. Die Pensionskasse verfügt somit über moderne, sichere, leistungsfähige und kostengünstige IT-Strukturen.

Bestand an Pensionsversicherungen

Zum 31. Dezember 2010 umfasst der Versicherungsbestand der Pensionskasse insgesamt 126.023 Versicherungsverhältnisse. Gegenüber dem Vorjahr ist er nur noch leicht angestiegen. Der Versichertenbestand untergliedert sich in aktive Pensionsversicherungen (ordentliche Mitgliedschaften), beitragsfreie Pensionsversicherungen (außerordentliche Mitgliedschaften), aktive Zulagenversicherungen sowie Pensionsversicherungen in der Leistungsphase. Die Zuordnung erfolgt in Abhängigkeit davon, ob noch Beiträge an die Pensionskasse gezahlt oder bereits Leistungen von ihr bezogen werden. Die größte Bestandsgruppe stellen bereits seit mehreren Jahren die Pensionsversicherungen in der Leistungsphase dar. Das ist Ausdruck des Reifegrads der Pensionskasse.



Bestand an Pensionsversicherungen				
	2010	2009	Veränderung	
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	%
aktive Pensionsversicherungen	36.878	39.647	-2.769	-7,0
aktive Zulagenversicherungen	18.185	17.333	852	4,9
beitragsfreie Pensionsversicherungen	18.678	17.416	1.262	7,2
Pensionsversicherungen in der Leistungsphase	52.282	51.086	1.196	2,3
Gesamt zum 31. Dezember	126.023	125.482	541	0,4



Der Bestand von 126.023 Versicherungen entfällt auf insgesamt 105.989 versicherte Personen. Die Anzahl der Versicherungen übertrifft die Anzahl der versicherten Personen, da für Versicherte, welche Zulagen aus der Riester-Förderung erhalten, zwei Versicherungsverhältnisse begründet werden. Die Abbildung zeigt die Altersstruktur der in der Pensionskasse versicherten Personen.

a) Pensionsversicherungen in der Anwartschaftsphase

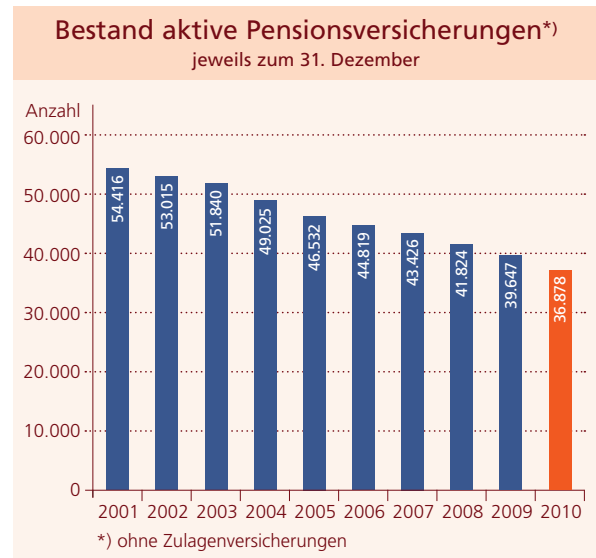
Zum 31. Dezember 2010 bestehen in der Pensionskasse Anwartschaften auf Rentenleistungen aus insgesamt 73.741 Versicherungsverhältnissen. Während sich der Bestand an aktiven Versicherungsverhältnissen durch die Umstellung und Schließung von Versorgungswerken der Trägerunternehmen weiter auf 36.878 Versicherungsverhältnisse reduziert hat, ergibt sich bei den beitragsfreien Pensionsversicherungen ein Anstieg. Dieser resultiert aus dem Ausscheiden von Versicherten mit unverfallbaren Anwartschaften aus Beschäftigungsverhältnissen bei Trägerunternehmen vor Erreichen des Renteneintrittsalters. Der Bestand an beitragsfreien Versicherungen hat von 17.416 auf 18.678 Versicherungsverhältnisse zugenommen. Bei den Zulagenversicherungen hat sich in 2010 der positive Trend der letzten Jahre fortgesetzt. Aufgrund der Attraktivität der Riester-Förderung entschließen sich immer mehr Versicherte, die staatliche Förderung auf die aus dem Nettoeinkommen geleisteten Mitarbeiterbeiträge zu beantragen. Der Bestand an aktiven Zulagenversicherungen hat sich weiter auf 18.185 erhöht. Eine Zulagenversicherung kann parallel zu einer aktiven Pensionsversicherung oder beitragsfreien Pensionsversicherung bestehen. Leider nutzen noch nicht alle Berechtigten die Vorteile der Riester-Förderung. Dennoch ist auch für die kommenden Jahre mit einem weiteren Anstieg des Bestands von geförderten Verträgen zu rechnen.

Anwartschaften nach Status				
	2010 Anzahl	2009 Anzahl	Veränderung	
			Anzahl	%
aktive Pensionsversicherungen	36.878	39.647	-2.769	-7,0
aktive Zulagenversicherungen	18.185	17.333	852	4,9
beitragsfreie Pensionsversicherungen	18.678	17.416	1.262	7,2
Gesamt zum 31. Dezember	73.741	74.396	-655	-0,9

Anwartschaften nach Geschlecht				
	2010 Anzahl	2009 Anzahl	Veränderung	
			Anzahl	%
- männliche Versicherte	54.939	55.495	-556	-1,0
- weibliche Versicherte	18.802	18.901	-99	-0,5
Gesamt zum 31. Dezember	73.741	74.396	-655	-0,9

Aktive Pensionsversicherungen

Der Bestand an aktiven Pensionsversicherungen hat sich zum 31. Dezember 2010 auf insgesamt 36.878 vermindert. Hiervon entfallen 28.792 (Vorjahr: 30.754) Versicherungen auf männliche und 8.086 (Vorjahr: 8.893) auf weibliche Versicherte. Der Trend sich reduzierender Bestände wird sich durch die beschlossene Schließung der Pensionskasse für Neueintritte zum 31.12.2011 weiter fortsetzen. Das Durchschnittsalter der Versicherten mit aktiven Pensionsversicherungen beträgt 45,8 Jahre (Vorjahr: 45,3 Jahre).

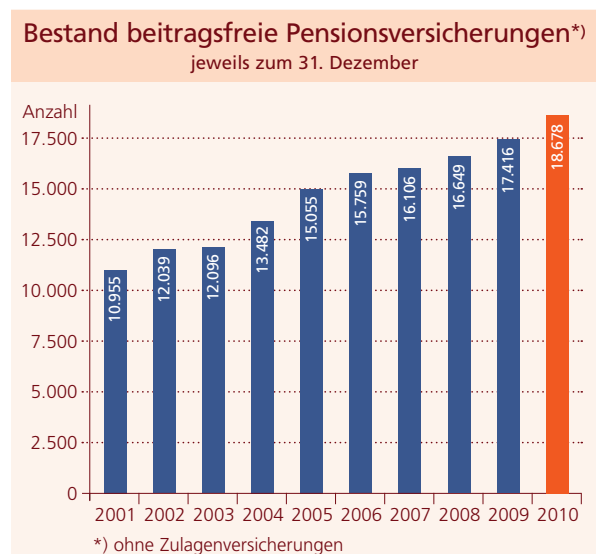


Altersstruktur der Versicherten mit aktiven Pensionsversicherungen

	männlich		weiblich		Gesamt	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
60–	1.495	4,05	185	0,50	1.680	4,55
50-59	9.786	26,54	1.947	5,28	11.733	31,82
40-49	11.469	31,10	3.333	9,04	14.802	40,14
30-39	4.883	13,24	2.119	5,75	7.002	18,99
20-29	1.159	3,14	502	1,36	1.661	4,50
Gesamt	28.792	78,07	8.086	21,93	36.878	100,00

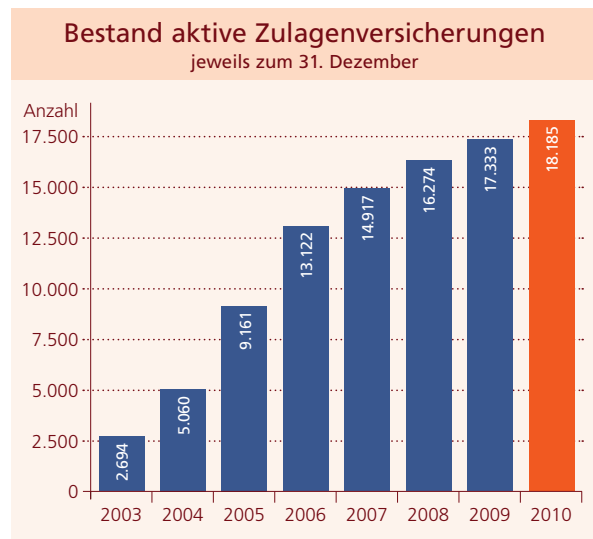
Beitragsfreie Pensionsversicherungen

Als beitragsfreie Pensionsversicherungen werden die Versicherungsverhältnisse bezeichnet, für die bis zum Rentenbeginn keine Pensionskassenbeiträge mehr geleistet werden. Der Bestand an beitragsfreien Pensionsversicherungen hat sich im Berichtsjahr weiter um 1.262 (7,2 %) auf 18.678 Versicherungen erhöht. Hiervon entfallen 6.134 auf weibliche und 12.544 auf männliche Versicherte. Das Durchschnittsalter der beitragsfrei Versicherten beträgt 47,3 Jahre (Vorjahr: 46,9 Jahre). Derzeit wird von der Pensionskasse die Möglichkeit zur Abfindung von Kleinstantwarschaften geprüft.



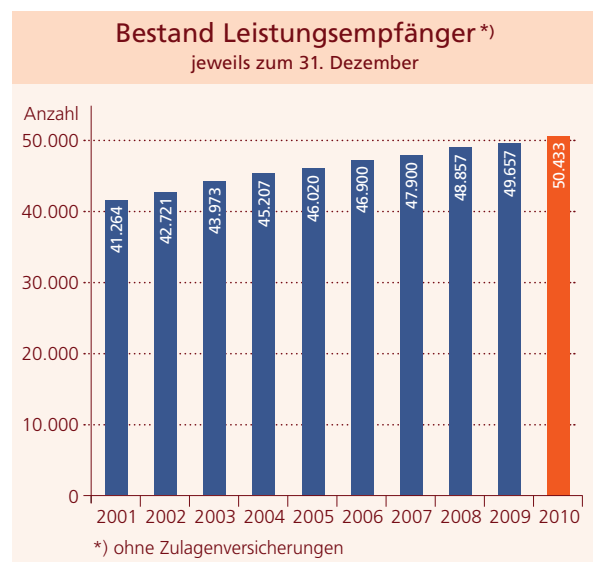
Zulagenversicherungen

Aufgrund verschiedener Reformen, insbesondere der Einführung des AVmG im Jahr 2001 und durch das RV-Nachhaltigkeitsgesetz im Jahr 2004, wird das Leistungsniveau der gesetzlichen Rentenversicherung bis 2030 um rund 20 Prozent sinken. Das Mindestsicherungsniveau für das Rentenniveau Netto vor Steuern sinkt bis zum Jahr 2020 auf 46 % des Durchschnittseinkommens der Erwerbstätigen und bis zum Jahr 2030 auf 43 %. Zur Erreichung dieser Ziele wurde in 2006 festgelegt, die Regelaltersgrenze für den Bezug der Altersrente bis 2029 stufenweise auf 67 Jahre anzuheben. Zum Ausgleich des sinkenden Rentenniveaus wird die private kapitalgedeckte Altersversorgung staatlich gefördert. Die Förderung geschieht grundsätzlich über die Beantragung und Zahlung von Zulagen. Die gezahlten Mitgliedsbeiträge zur Pensionskasse sind grundsätzlich förderfähig. Die von der ZfA bewilligten Zulagen werden in einem separaten Tarif vereinnahmt. Die Diskussion um die gesetzliche Rentenversicherung, die Ausweitung der Förderung und die durch das AltEinkG eingeführten Vereinfachungen des Zulagenantragsverfahrens haben zu einer stetig steigenden Akzeptanz der Riester-Rente geführt. So entscheiden sich immer mehr Versicherte dafür, die vom Staat mit Zulagen und Steuerersparnissen umfassend geförderte Riester-Rente in Anspruch zu nehmen. Dies zeigt sich auch deutlich in der Bestandsentwicklung der Zulagenversicherungen. Zum Jahresende 2010 umfasst der Bestand 18.185 aktive Zulagenversicherungen (Vorjahr: 17.333).



b) Pensionsversicherungen in der Leistungsphase

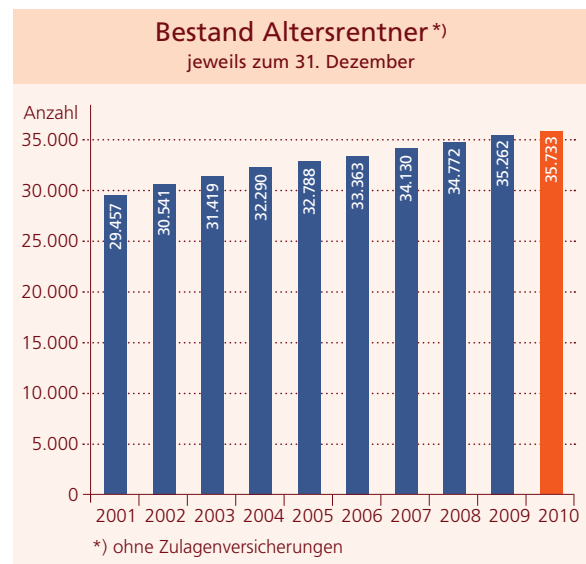
Die Pensionskasse zahlt ihren Versicherten und deren Hinterbliebenen nach den Bestimmungen ihrer Satzung und ihrer AVB Alters-, Dienstunfähigkeits- und Hinterbliebenenrenten. Die Pensionskasse leistet damit einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung des Lebensstandards und des Auskommens der Versicherten im Alter oder bei vorzeitiger Erwerbsunfähigkeit. Der Anspruch auf Kassenleistungen setzt im Allgemeinen voraus, dass das Beschäftigungsverhältnis beendet und die Wartezeit von fünf Mitgliedsjahren erfüllt ist. Die Rentenzahlungen werden monatlich nachträglich geleistet. Sie beginnen mit dem Monat, der dem Eintritt des Versicherungsfalls folgt und enden mit Ablauf des Monats, in dem die Anspruchsvoraussetzungen für den Bezug nicht mehr gegeben sind. Zum 31. Dezember 2010 zahlte die Pensionskasse Rentenleistungen aus 52.282 Versicherungsverhältnissen an 50.433 Versicherte. Der stetige Anstieg des Bestands an Pensionsversicherungen in der Leistungsphase hat sich somit auch im Geschäftsjahr 2010 fortgesetzt.



Zusammensetzung des Bestands an Pensionsversicherungen nach Leistungsarten				
	2010	2009	Veränderung	
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	%
Altersrenten	35.733	35.262	471	1,3
Hinterbliebenenrenten	11.589	11.216	373	3,3
Dienstunfähigkeitsrenten	3.111	3.179	-68	-2,1
Zwischensumme	50.433	49.657	776	1,6
Renten aus Zulagenversicherungen	1.849	1.429	420	29,4
Gesamt zum 31. Dezember	52.282	51.086	1.196	2,3

Altersrenten

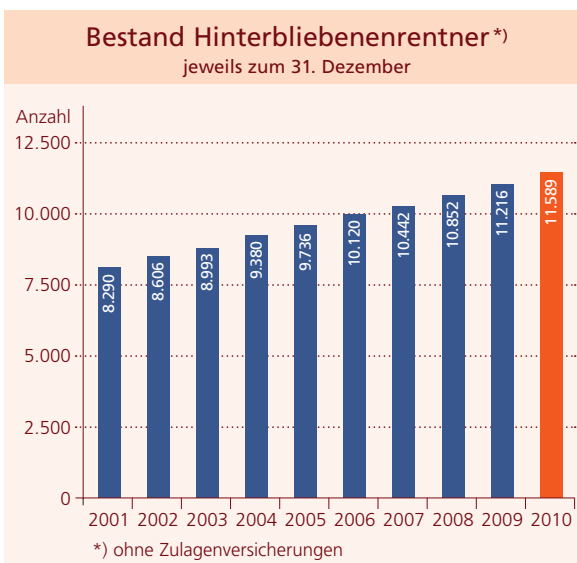
Zum Geschäftsjahresende 2010 zahlte die Pensionskasse an 35.733 Versicherte Altersrenten. Der kontinuierliche Anstieg des Bestandes der Altersrentner hat sich in 2010 fortgesetzt und wird sich voraussichtlich auch zukünftig fortsetzen. Die Höhe der Altersrente und die Voraussetzungen für eine Rentenzahlung sind in der Satzung und den AVB der Pensionskasse festgelegt. Die jährliche Altersrente beträgt 42,0% der an die Kasse entrichteten Mitgliedsbeiträge. Das Durchschnittsalter der Altersrentner beträgt zum Bilanzstichtag 71,8 Jahre (Vorjahr: 71,4 Jahre). Die älteste Altersrentnerin der Pensionskasse ist 103 Jahre und der älteste Altersrentner 101 Jahre alt.



Alterstruktur der Bezieher von Altersrenten						
Alter	männlich		weiblich		Gesamt	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
100–	3	0,01	2	0,01	5	0,02
90–99	251	0,70	170	0,48	421	1,18
80–89	3.651	10,22	1.032	2,89	4.683	13,11
70–79	13.800	38,62	2.631	7,36	16.431	45,98
60–69	11.435	32,00	2.755	7,70	14.190	39,70
–59	–	–	3	0,01	3	0,01
Gesamt	29.140	81,55	6.593	18,45	35.733	100,00

Hinterbliebenenrenten

Zu den Kassenleistungen der Pensionskasse zählt auch die Gewährung von Hinterbliebenenrenten. Für den Fall, dass ein Mitglied verstirbt und die Voraussetzungen der Satzung und der AVB erfüllt sind, erhält der hinterbliebene Ehegatte 60,0 % der Mitgliedsrente als Hinterbliebenenrente. Die älteste Rentenbezieherin der Pensionskasse ist Bezieherin einer Witwenrente. Sie ist 104 Jahre alt. Das Durchschnittsalter der Bezieher von Hinterbliebenenrenten (ohne Waisen) beträgt zum Bilanzstichtag 73,6 Jahre. Zusätzlich wird an hinterbliebene minderjährige oder in Ausbildung befindliche Kinder des Mitglieds Waisenrente gezahlt. Die Pensionskasse zahlte zum 31. Dezember 2010 an insgesamt 11.589 Personen Hinterbliebenenrenten aus.

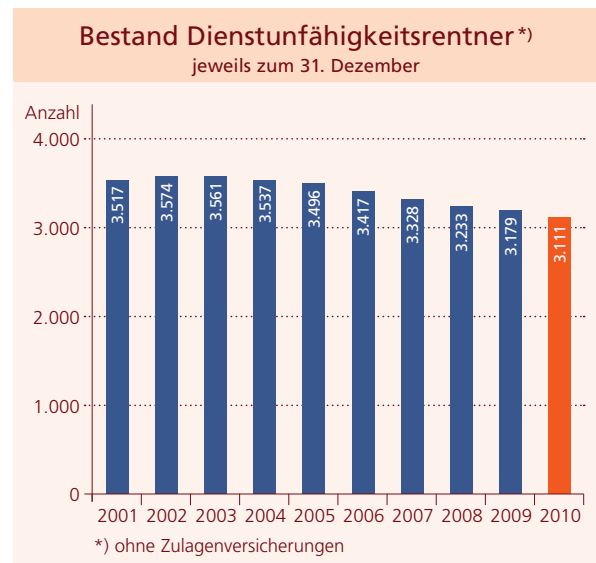


Zusammensetzung des Bestands der Hinterbliebenenrentner				
	2010 Anzahl	2009 Anzahl	Veränderung	
			Anzahl	%
Witwen	10.557	10.194	363	3,6
Witwer	401	388	13	3,4
Waisen	629	632	-3	-0,5
Eltern	2	2	-	-
Gesamt zum 31. Dezember	11.589	11.216	373	3,3

Altersstruktur der Bezieher von Hinterbliebenenrenten						
Alter	männlich		weiblich		Gesamt	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
100–	–	–	10	0,09	10	0,09
90–99	12	0,10	455	3,93	467	4,03
80–89	94	0,81	2.539	21,91	2.633	22,72
70–79	149	1,29	4.475	38,62	4.624	39,91
60–69	100	0,86	2.124	18,33	2.224	19,19
50–59	42	0,36	759	6,55	801	6,91
40–49	29	0,25	210	1,81	239	2,06
30–39	12	0,10	37	0,32	49	0,42
20–29	109	0,94	135	1,16	244	2,10
10–19	131	1,13	128	1,10	259	2,23
–9	22	0,19	17	0,15	39	0,34
Gesamt	700	6,03	10.889	93,97	11.589	100,00

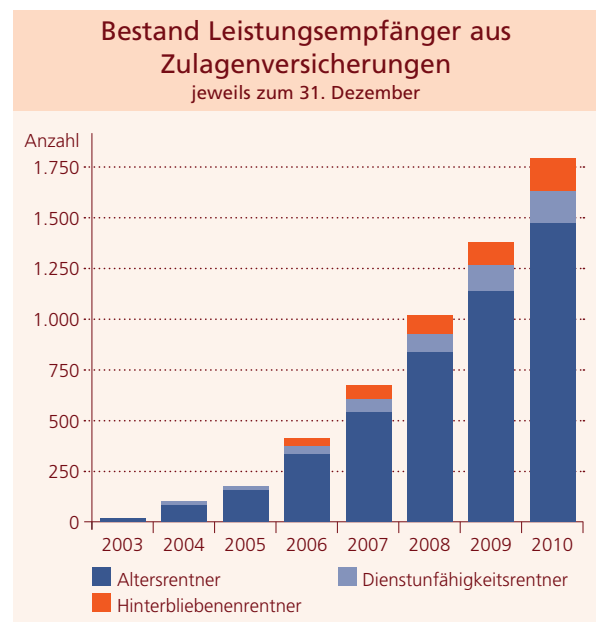
Dienstunfähigkeitsrenten

Versicherte, die aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig aus dem aktiven Dienst ausscheiden müssen, erhalten bei Erfüllung der Voraussetzungen der AVB Dienstunfähigkeitsrenten. Diese werden für die Dauer der Dienstunfähigkeit, längstens bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, gezahlt. Gemäß § 8 der AVB wird ab dem Folgemonat nach Vollendung des 65. Lebensjahres Altersrente in gleicher Höhe gezahlt. Dienstunfähigkeit liegt vor, wenn der Versicherte ab dem Ende des Beschäftigungsverhältnisses voraussichtlich für die Dauer von mindestens einem Jahr infolge der Beeinträchtigung seiner körperlichen oder geistigen Leistungsfähigkeit nicht mehr im Stande ist, die Dienstobliegenheiten seines Arbeitsverhältnisses zu erfüllen. Zum Jahresende 2010 zahlte die Pensionskasse an 3.111 Versicherte Dienstunfähigkeitsrenten. Der anhaltende Rückgang seit 2002 folgt dem Absinken der Pensionsversicherungen in der Ansparphase und wird sich voraussichtlich auch künftig weiter fortsetzen.



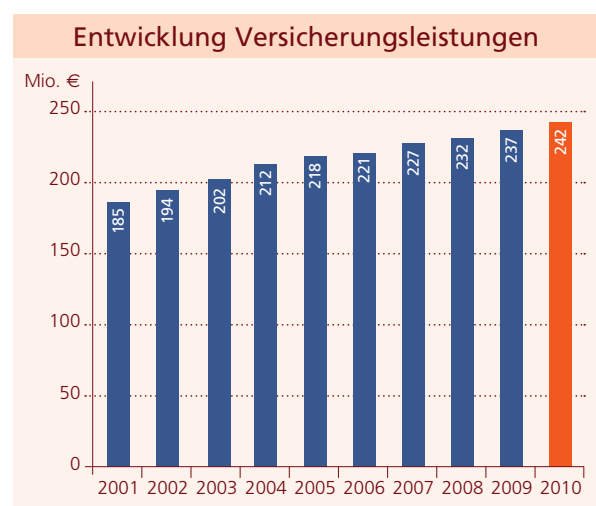
Leistungsempfänger aus Zulagenversicherungen

Deutlich zugenommen hat der Bestand an Leistungsempfängern aus Zulagenversicherungen. Gemäß den Bestimmungen des Zulagentarifs erstreckt sich dessen Leistungsspektrum ebenfalls auf die Gewährung von Alters-, Hinterbliebenen- und Dienstunfähigkeitsrenten. Die Wartezeit für die Gewährung von Leistungen aus der Zulagenversicherung beträgt fünf Mitgliedsjahre. Zum Jahresende 2010 zahlte die Pensionskasse Leistungen aus Zulagenversicherungen an 1.849 Empfänger. Hiervon entfallen 1.524 auf Altersrenten, 163 auf Dienstunfähigkeitsrenten und 162 auf Hinterbliebenenrenten.



Versicherungsleistungen

Die Aufwendungen zur Zahlung von Versicherungsleistungen umfassen die ausgezahlten Renten sowie Beiträgerstattungen an ausgeschiedene Versicherte und die angefallenen Regulierungskosten. Die Rentenzahlungen haben in den letzten Jahren stetig zugenommen. Dies spiegelt insbesondere die zunehmende Anzahl von Leistungsempfängern und damit den Reifegrad der Pensionskasse wider. In 2010 wurden Versicherungsleistungen inklusive Regulierungsaufwendungen in Höhe von insgesamt 241,6 Mio. € gezahlt. Das sind 4,6 Mio. € (1,9 %) mehr als im Vorjahr.



Kapitalmärkte und Kapitalanlagen 2010

Die wirtschaftliche Situation wurde 2010 von der Diskussion zur Verschuldungssituation der Staaten der Eurozone und den Nachwirkungen der Finanzkrisen der letzten Jahre dominiert. Mit der Lehman-Pleite war die Finanzkrise in 2008 in der Realwirtschaft angekommen. Gegen die daraufhin folgende Verunsicherung sind von den Regierungen und Notenbanken vielfältige wirtschafts- und fiskalpolitische Impulse gesetzt worden, die insgesamt zu einer Erholung der Wirtschaft, aber auch zu einer massiven Ausweitung der Staatsverschuldung geführt haben. Dabei ist die Staatsverschuldung weniger ein Risiko für die Emerging Markets, sondern für die entwickelten Industrieländer in Europa, Nordamerika und Japan. Die Schwellenländer präsentierten sich vielmehr als Stütze der Weltkonjunktur. Global betrachtet ist die Wirtschaft in 2010 wieder auf einen Wachstumspfad zurückgekehrt bei gleichzeitig anziehenden, aber noch niedrigen Inflationsraten. Die US-Wirtschaft konnte sich trotz erheblicher Stimulation durch extrem niedrige Zinsen und massive Anleihekaufprogramme der Notenbank nur leicht erholen und die hohe Arbeitslosigkeit nicht in dem erhofften Ausmaß vermindern. Dagegen war in Europa das Wachstum spürbar. Der europäische Aufschwung war exportgetrieben und durch eine stärkere Binnennachfrage begünstigt. Er fiel in den europäischen Staaten allerdings sehr unterschiedlich aus. Während sich insbesondere Deutschland kräftig erholen konnte, kämpften Länder wie Griechenland, Irland, Portugal und Spanien mit großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Problematisch bleibt vor allem die hohe Verschuldung der Staatshaushalte in den entwickelten Ländern, die nicht allein durch die letzten Krisen generiert wurde, sondern bereits in den vergangenen drei Jahrzehnten sukzessive aufgebaut worden ist. Die Frage, ob alle Euroländer ihre Schulden tatsächlich zurückzahlen können, hat auch die Stabilität des Euro beeinträchtigt. Obwohl Europa mit einer Konsolidierung seiner Finanzen begonnen hat, ist dennoch eine Verlagerung der Prioritäten hin zu einer Transferunion eingetreten. Die Niedrigzinspolitik hat sich nachhaltig negativ auf die Kapitalanlagemöglichkeiten der Pensionskasse ausgewirkt. Die Diskussion ob und inwieweit Gläubiger bei der Entschuldung von Staaten und Banken künftig mit herangezogen werden können, hat die Kapitalanlagetätigkeit der Pensionskasse zusätzlich erschwert. Dennoch konnte die Pensionskasse aufgrund ihrer risikoaversen Anlagepolitik die Folgen der weltweiten Finanzkrise bisher erfolgreich bewältigen.

Ziel der gesamten Vermögensanlagetätigkeit der Pensionskasse ist es, durch Art, Umfang und Qualität der Deckungsmittel die Erfüllung der Verpflichtungen aus den Pensionsversicherungsverträgen dauerhaft sicherzustellen. Eine verantwortungsbewusste und risikokontrollierte Kapitalanlagepolitik gehört daher zu den wichtigsten Unternehmenszielen der Pensionskasse. Die Sicherheit der Vermögensanlagen bestimmt die Qualität des Versicherungsschutzes. Nach § 54 Abs. 1 VAG sind die Vermögensanlagen der Pensionskasse unter Berücksichtigung des betriebenen Versicherungsgeschäfts so anzulegen, dass die Anlageziele Sicherheit und Rentabilität bei jederzeitiger Liquidität unter Wahrung angemessener Mischung und Streuung erreicht werden. Die Verordnung über die Anlage des gebundenen Vermögens von Versicherungsunternehmen und die Rundschreiben der BaFin konkretisieren diese Vorgaben. Danach sind Versicherungsunternehmen unter anderem verpflichtet, interne Anlagegrundsätze zur Definition der Anlagepolitik zu erstellen und im Rahmen des Risikomanagements mindestens vierteljährlich Stresstests bezüglich der Risikotragfähigkeit der Kapitalanlagen durchzuführen. Zu allen Stichtagen hat die Pensionskasse diese Stresstests bestanden.

Die Kapitalanlagen der Pensionskasse haben sich in 2010 insgesamt um 166,1 Mio. € auf 6.144,7 Mio. € erhöht. Das entspricht einem Zuwachs um 2,8 %. Im Jahresverlauf wurde die Anlagestruktur entsprechend der Kapitalanlagestrategie laufend überwacht und wenn nötig angepasst. Die zur Verfügung stehenden liquiden Mittel wurden überwiegend in Namensschuldverschreibungen investiert. Die Nettoverzinsung der Kapitalanlagen beträgt im abgelaufenen Geschäftsjahr 4,55 % nach 4,53 % im Vorjahr.

Kapitalanlagen				
	2010 Mio. €	2009 Mio. €	Veränderung	
			Mio. €	%
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	427,9	433,0	-5,1	-1,2
Beteiligungen/Anteile an verbundenen Unternehmen	5,0	5,0	-	-
Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	135,6	131,3	4,3	3,3
Hypotheken- und Grundschuldforderungen	238,7	261,8	-23,1	-8,8
Sonstige Ausleihungen				
a) Namensschuldverschreibungen	3.364,5	3.062,7	301,8	9,9
b) Schuldscheinforderungen	1.944,0	1.975,8	-31,8	-1,6
Einlagen bei Kreditinstituten	29,0	109,0	-80,0	-73,4
Gesamt zum 31. Dezember	6.144,7	5.978,6	166,1	2,8



Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde eine Pflegeresidenz im Hamburger Stadtteil Klein-Flottbeck erworben. Das Objekt ist langfristig an denselben Betreiber vermietet, der bereits die vor Jahren erworbene Elbschlossresidenz betreibt. Die Residenz ist hochwertig ausgestattet und bietet insgesamt 108 Pflegeplätze. Aufgrund der kurzen Entfernung zwischen beiden Objekten können die Betreuungsleistungen optimiert und somit gleichzeitig eine zufriedenstellende Auslastung gewährleistet werden.

Lagebericht

1. Allgemeines

Die Pensionskasse ist eine Einrichtung der betrieblichen Altersversorgung. Sie ist ein kleinerer Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit im Sinne des § 53 VAG und betreibt die Pensionsversicherung als selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft. Eine Rückdeckung wird nicht vorgenommen. Trägerunternehmen der Pensionskasse sind die Hoechst GmbH sowie alle Unternehmen, deren Mitarbeiter auf Antrag des jeweiligen Unternehmens durch Beschluss des Vorstands und mit Zustimmung des Aufsichtsrats ordentliche Versicherte der Pensionskasse sein können. Die Pensionskasse erfüllt die Voraussetzungen des § 118a VAG. Sie ist von der Aufsichtsbehörde mit Schreiben vom 27. September 2005 nach § 118b VAG reguliert worden. Die Pensionskasse ist Mitglied der „Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung e.V.“, Heidelberg (aba) und der innerhalb dieser Arbeitsgemeinschaft bestehenden „Fachvereinigung Pensionskassen“. Sie ist des Weiteren in den Fachausschüssen „Arbeitsrecht“ und „Steuerrecht“ der aba vertreten. Als regulierte Pensionskasse ist sie auch Mitglied des Fachverbands der Firmenpensionskassen (VFPK).

Entsprechend den Bestimmungen ihrer Satzung und der Allgemeinen Versicherungsbedingungen gewährt die Pensionskasse Alters-, Dienstunfähigkeits- und Hinterbliebenenrenten. Ebenso übernimmt sie etwaige Anpassungen entsprechend § 16 BetrAVG nach Eintritt des Versicherungsfalles auf diese Leistungen, soweit ihr die geschäftsplanmäßig erforderlichen Mittel zur Verfügung stehen bzw. gestellt werden. Über die Übernahme der Anpassungsverpflichtung entscheidet der Vorstand der Pensionskasse jährlich in Abhängigkeit von den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Angesichts der anhaltenden Niedrigzinsphase an den Rentenmärkten und um dem Vorschlag des Verantwortlichen Aktuars der Kasse zu folgen, hat der Vorstand der Pensionskasse entschieden, dass die originäre Firmenverpflichtung zur Überprüfung und ggf. erforderlichen Anpassung der laufenden Pensionskassenrenten zum 1. Januar 2011 für die zu diesem Termin zu überprüfenden laufenden Pensionskassenrenten, wie in den Vorjahren, bei den jeweiligen Firmen verbleibt bzw. nicht von der Pensionskasse übernommen wird.

2. Geschäftsverlauf

Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen

Durch die Schließung und/oder Umstellung von Versorgungssystemen der Trägerunternehmen hat sich der Bestand an aktiven Pensionsversicherungen deutlich von 39.647 um 7,0 % auf 36.878 Versicherungen vermindert. Der Rückgang des Bestands an ordentlichen Versicherten wird sich aufgrund der beschlossenen Schließung der Kasse für Neueintritte nach dem 31. Dezember 2011 auch künftig fortsetzen. Gegenläufig entwickelt sich der Bestand an aktiven Zulagenversicherungen. Im Geschäftsjahr gewährte Zulagen aus der Riester-Förderung führten zu 852 (4,9 %) zusätzlichen aktiven Zulagenversicherungen. Der Bestand an Versicherungsverhältnissen aus der Zulagenversicherung hat sich somit auf 18.185 erhöht. Insgesamt bestehen zum Geschäftsjahresende 55.063 aktive Versicherungsverhältnisse (Vorjahr: 56.980). Der Bestand an beitragsfreien Anwartschaften hat um 1.262 (7,2 %) auf 18.678 (Vorjahr: 17.416) zugenommen. Die Anzahl der Leistungsempfänger hat sich in 2010 um 776 Leistungsempfänger (1,6 %) auf insgesamt 50.433 (Vorjahr: 49.657) erhöht. Der Anstieg der Anzahl der Leistungsempfänger wird sich aufgrund der Bestandsstruktur auch in den kommenden Jahren fortsetzen. Hinzu kommen 1.849 (Vorjahr: 1.429) Leistungsfälle aus Zulagenversicherungen, so dass insgesamt aus 52.282 Versicherungsverhältnissen (Vorjahr: 51.086) Leistungen gezahlt werden.

Finanz- und Ertragslage

Die Einnahmen der Pensionskasse resultieren aus den Beiträgen der Versicherten, den Firmenbeiträgen der Trägerunternehmen, den Zulagenversicherungsbeiträgen und den Erträgen des Kassenvermögens. Der rückläufige Bestand an aktiven Versicherungsverhältnissen hat in 2010 zu einem Rückgang der gezahlten Mitgliedsbeiträge geführt. Diese belaufen sich auf 32,9 Mio. € (Vorjahr: 34,2 Mio. €). Der Firmenbeitrag, der vom Vorstand der Pensionskasse auf Vorschlag des Verantwortlichen Aktuars festgesetzt wird, beträgt seit dem 1. Juli 2006 unverändert 300 % der gezahlten Mitgliedsbeiträge. Durch den höheren Firmenbeitrag werden insbesondere die erzielbaren geringeren Kapitalerträge ausgeglichen. Die gezahlten Beiträge der Trägerunternehmen belaufen sich in 2010 auf 98,6 Mio. € (Vorjahr: 102,6 Mio. €). Von 2,5 Mio. € auf 2,7 Mio. € zugenommen haben die von der ZfA an die Kasse geleisteten Zulagen. Die Beitragseinnahmen belaufen sich somit in 2010 auf insgesamt 134,2 Mio. € (Vorjahr: 139,3 Mio. €).

Die Kapitalerträge inklusive der Erträge aus dem Abgang von Kapitalanlagen und Zuschreibungen auf Kapitalanlagen haben sich gegenüber dem Vorjahr um 10,9 Mio. € (3,6 %) auf 310,5 Mio. € (Vorjahr: 299,6 Mio. €) erhöht. Die Aufwendungen für Versicherungsfälle sind um 1,9 % auf 241,6 Mio. € (Vorjahr: 237,0 Mio. €) angestiegen. In 2010 beträgt die Zuführung zur Deckungsrückstellung 146,8 Mio. € (Vorjahr: 151,2 Mio. €). Die Verwaltungsaufwendungen für den Versicherungsbetrieb betragen unverändert 1,1 Mio. € und somit 0,8 % der Beitragseinnahmen. Die Aufwendungen für die Verwaltung der Kapitalanlagen einschließlich der Abschreibungen auf Kapitalanlagen betragen 34,5 Mio. € (Vorjahr: 29,0 Mio. €). Verluste aus Anlagenabgängen sind in 2010 nicht angefallen (Vorjahr: 3,2 Mio. €). Das versicherungstechnische Ergebnis beläuft sich auf 20,4 Mio. € (Vorjahr: 17,3 Mio. €). Der Saldo aus Sonstigen Erträgen und Sonstigen Aufwendungen beträgt – 6,6 Mio. € (Vorjahr: – 6,3 Mio. €). Durch die erstmalige Anwendung der sich durch das BilMoG ergebenden gesetzlichen Änderungen fallen außerordentliche Erträge in Höhe von 5,2 Mio. € und außerordentliche Aufwendungen in Höhe von 1,9 Mio. € an. Der Jahresüberschuss in Höhe von 17,1 Mio. € (Vorjahr: 11,0 Mio. €) wird der Verlustrücklage zugeführt.

Versicherungsmathematische Prüfung der Vermögenslage

Nach § 21 der Pensionskassensatzung ist alle drei Jahre eine versicherungsmathematische Prüfung der Vermögenslage der Pensionskasse durch den Verantwortlichen Aktuar durchzuführen. Demgemäß hat der Verantwortliche Aktuar der Pensionskasse, Herr Dr. Georg Thurnes, zum 31. Dezember 2008 turnusmäßig eine versicherungstechnische Überprüfung der Vermögenslage der Pensionskasse durchgeführt.

Die Pensionskasse hat in den Jahren 2006 und 2007 die Möglichkeit nach § 53c VAG genutzt und nachrangige Darlehen aufgenommen. Zum Jahresende 2010 beträgt die Eigenkapitalquote der Pensionskasse unter Einbeziehung der Nachrangdarlehen in Höhe von 80 Mio. € insgesamt 5,1 % der Deckungsrückstellung.

Die Berechnung der Deckungsrückstellung erfolgt unter Verwendung des Technischen Geschäftsplans in der durch die BaFin zuletzt mit Schreiben vom 12. Juli 2010 genehmigten Fassung. Der Rechnungszins beträgt 4,0 %. Um dem beobachteten anhaltenden Anstieg der künftigen Lebenserwartung Rechnung zu tragen, wurde im Geschäftsjahr 2009 begonnen, die Rechnungsgrundlagen innerhalb eines Zeitraums von fünf Jahren auf neue Rechnungsgrundlagen RT Heubeck 1998 mod 2009 umzustellen. Durch die Umstellung wird die Kasse auch künftig über ausreichende Sicherheiten in den biometrischen Rechnungsgrundlagen verfügen. Die Umsetzung der Riester-Förderung erfolgt in einem separaten Tarif. Diesem flossen in 2010 die gewährten Zulagen in Höhe von 2,7 Mio. € (Vorjahr: 2,5 Mio. €) zu. Aufgrund des in 2010 erwirtschafteten Überschusses erfolgt zum 1. Januar 2011 eine Erhöhung der Anwartschaften und laufenden Renten aus der Zulagenversicherung um 1,4 %. Grundlage des Tarifes ist ein Rechnungszins von 3,25 %. Verteilt über die nächsten fünf Geschäftsjahre erfolgt hier ebenfalls die Umstellung auf die neuen Rechnungsgrundlagen RT Heubeck 1998 mod 2009. Die Deckungsrückstellung beträgt zum Bilanzstichtag 5.937,7 Mio. € (Vorjahr: 5.790,9 Mio. €). Die versicherungstechnische Prüfung hat bestätigt, dass die Rechnungsannahmen vorsichtig angesetzt sind. Der tatsächliche Risikoverlauf war in 2010 günstiger als er rechnerisch nach den geschäftsplanmäßigen Rechnungsgrundlagen ermittelt wurde. Dadurch wurden Risikogewinne erzielt.

Kapitalanlagen

Die Anlagepolitik der Kasse wird maßgeblich durch die Entwicklung der versicherungstechnischen Verpflichtungen und den gesetzlichen Anforderungen an die Eigenmittelausstattung sowie den aufsichtsrechtlich vorgegebenen Rahmenbedingungen beeinflusst. Der Erfolg jeder einzelnen Asset-Klasse wird objektiv als Abweichung zu einer Benchmark bzw. als Abweichung zu einer Planvorgabe gemessen. Insbesondere das historisch niedrige Zinsniveau für Neuanlagen hat sich belastend auf das Kapitalanlagenergebnis ausgewirkt. Dennoch hat es die risikoadjustierte Vorgehensweise ermöglicht, dass in der Pensionskasse weiterhin keine stillen Lasten entsprechend § 341b Abs. 2 HGB bilanziert werden müssen und eine ausreichende Rendite erwirtschaftet werden konnte. Die von der BaFin vorgegebenen Stresstests wurden von der Pensionskasse zu allen Terminen bestanden. Unter Anwendung der vom Verband der Lebensversicherungsunternehmen e.V. empfohlenen Formel zur Ermittlung der Nettoverzinsung beträgt die Verzinsung der Kapitalanlagen im Geschäftsjahr 2010 insgesamt 4,55 % (Vorjahr: 4,53 %). Die Pensionskasse hat aufgrund ihrer risikoaversen Anlagepolitik die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise bisher erfolgreich bewältigen können. Im Geschäftsjahr 2010 sind die Kapitalanlagen von 5.978,6 Mio. € um 166,1 Mio. € auf 6.144,7 Mio. € angestiegen.

Im Geschäftsjahr wurde der Immobilienbestand durch den Erwerb von Immobilien und die Aktivierung angefallener Baukosten ausgebaut. Zusätzlich wurden Zuschreibungen gemäß § 253 Abs. 5 HGB vorgenommen. Unter Berücksichtigung der planmäßigen und außerplanmäßigen Abschreibungen hat sich der Immobilienbestand zum Jahresende 2010 auf 427,9 Mio. € (Vorjahr: 433,0 Mio. €) vermindert. Die zu 100 % gehaltene Kapitalbeteiligung an der ansonsten völlig unabhängig agierenden Höchster Pensions Benefits Services GmbH wird handelsrechtlich als Anteile an verbundenen Unternehmen bilanziert. Der Buchwert beträgt unverändert 5,0 Mio. €. Die Anlagen in Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere wurden im Berichtsjahr durch die Veräußerung von Fondsanteilen um 4,0 Mio. € reduziert. Hierbei wurden Abgangserträge in Höhe von 5,4 Mio. € realisiert. Zum Bilanzstichtag sind ferner Zuschreibungen in Höhe von 8,3 Mio. € vorzunehmen. Die Bilanzposition beträgt somit per Saldo 135,6 Mio. € (Vorjahr: 131,3 Mio. €). Die Anlagen in Hypotheken- und Grundschuldforderungen sind in 2010 von 261,8 Mio. € auf 238,7 Mio. € deutlich abgesunken. Die Auszahlung zugesagter Darlehen konnte die Abgänge in Folge von planmäßigen und außerordentlichen Tilgungen nicht kompensieren. Das bedeutendste Anlagesegment der Pensionskasse stellt weiterhin die Bilanzposition Sonstige Ausleihungen, bestehend aus Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen, dar. Es wurde um insgesamt 270,0 Mio. € auf 5.308,5 Mio. € (Vorjahr: 5.038,5 Mio. €) weiter ausgebaut. Die Zusammensetzung des Bestands hat sich hierbei zu Gunsten der Anlagen in Namensschuldverschreibungen verändert. Zur Anlage freier Liquidität unterhielt die Pensionskasse zum Geschäftsjahresende Termineinlagen in Höhe von 29,0 Mio. € (Vorjahr 109,0 Mio. €), die als Einlagen bei Kreditinstituten ausgewiesen werden.

3. Risikobericht

Als Versicherungsunternehmen hat die Pensionskasse die dauerhafte Leistungserfüllung und damit die jederzeitige Ausfinanzierung der Verpflichtungen sicherzustellen. Hierzu ist es erforderlich, dass die mit der Geschäftstätigkeit verbundenen Risiken im Rahmen eines umfassenden Risikomanagementsystems rechtzeitig erkannt, bewertet, überwacht und bewältigt werden. Die Ausgestaltung des Risikomanagementsystems der Pensionskasse erfolgt in enger Anlehnung an die aufsichtsrechtlichen Bestimmungen, insbesondere an die Vorschriften der §§ 55c und 64a VAG sowie dem Rundschreiben der BaFin R 3/2009. Aufgrund dieser Bestimmungen ist die Pensionskasse verpflichtet, über eine ordnungsgemäße Geschäftsorganisation zu verfügen, die insbesondere ein angemessenes Risikomanagement voraussetzt. Das Risikomanagementsystem ist aufgrund seiner Bedeutung integraler Bestandteil des unternehmensinternen Führungs- und Steuerungssystems. Im Jahr 2009 wurde durch PwC eine Qualitätssicherung zur Umsetzung der gestiegenen aufsichtsrechtlichen Anforderungen durchgeführt. Demnach werden die Anforderungen an das Risikomanagement als erfüllt angesehen. Dies wurde anlässlich einer freiwilligen Folgeprüfung im Rahmen der Abschlussprüfung für das Geschäftsjahr 2010 durch den Abschlussprüfer wiederum bestätigt.

Geschäfts- und Risikostrategie

Im Rahmen der strategischen Planung der Kasse werden einzelne Unternehmensziele definiert, eine Analyse der internen und externen Einflussfaktoren vorgenommen sowie die Geschäftsstrategie und daraus abgeleitet die Risikostrategie formuliert. In der Risikostrategie werden Orientierungs- bzw. Richtgrößen für den Umgang mit den sich aus der Geschäftsstrategie ergebenden Risiken vorgegeben und die Grundsätze der Risikosteuerung beschrieben. Das vorrangige Unternehmensziel der jederzeitigen Sicherstellung der vertraglichen und gesetzlichen Verpflichtungen soll durch ein risikoadjustiertes Verhalten in allen Teilbereichen erreicht werden. Die strategische Planung ist schriftlich dokumentiert und wird mindestens einmal jährlich überprüft und mit dem Aufsichtsrat erörtert.

Risikoorganisation

Der Vorstand legt insbesondere die Geschäfts- und Risikostrategie fest und trifft die wesentlichen risikostrategischen Entscheidungen. Die Stabsstelle Risikomanagement koordiniert den Risikomanagementprozess, analysiert und überwacht die unternehmensweite Risikolage und versorgt den Vorstand mit den wesentlichen Informationen für die Risikosteuerung. Die einzelnen operativen Einheiten analysieren und steuern die Einzelrisiken im Rahmen ihres Verantwortungsbereiches. Die Interne Revision überprüft als unabhängige Stelle die Funktionalität, Wirtschaftlichkeit und Angemessenheit des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems. Der Verantwortliche Aktuar hat eine ordnungsgemäße Berechnung der Prämien und der Deckungsrückstellung sicher zu stellen. Dabei prüft er die Finanzlage der Kasse insbesondere daraufhin, ob die dauernde Erfüllbarkeit der sich aus den Versicherungsverträgen ergebenden Verpflichtungen jederzeit gewährleistet ist und die Kasse über ausreichendes Eigenkapital verfügt. Dem unabhängigen Treuhänder obliegt die Aufsicht über das Sicherungsvermögen. Er wacht darüber, dass der jeweilige Sollbetrag des Sicherungsvermögens auch unterjährig mit Anlagewerten bedeckt ist, die sämtliche Anforderungen an das Sicherungsvermögen erfüllen. Alle wesentlichen Geschäftsprozesse der Kasse sind in Ablaufbeschreibungen dokumentiert, die einen systematischen Überblick über Risiken, Prozesse und Kontrollen geben.

Risikotragfähigkeitskonzept und Limitsystem

Die finanzwirtschaftliche Steuerung der Pensionskasse und das daran ausgerichtete Limitsystem orientieren sich hauptsächlich an den für die Pensionskasse maßgeblichen Vorschriften des Aufsichtsrechts und der Rechnungslegung. Dies betrifft insbesondere die Bereiche Kapitalanlage und Versicherungstechnik sowie die Aktiv-Passiv-Steuerung (Asset-Liability-Management). Die Beurteilung und Steuerung der Risikotragfähigkeit wird u. a. auf Basis von speziellen Analysemethoden und Berechnungen (z. B. Sensitivitätsanalysen, Stresstests, Hochrechnungen, Überwachung der Kreditrisiken, Liquiditätsplanungen, versicherungstechnische Risikountersuchungen) vorgenommen. Für die wesentlichen Steuerungskennzahlen sind Limite definiert. Im Rahmen des Asset-Liability-Managements wird regelmäßig anhand von Sensitivitätsanalysen, Stresstests und Hochrechnungen untersucht, ob auch bei einer anhaltenden Krisensituation an den Kapitalmärkten die Leistungsverpflichtungen sowie die aufsichtsrechtlichen Solvabilitätsanforderungen noch bedeckt sind und die in der Geschäfts- und Risikostrategie festgelegten Zielsetzungen erreicht und gesetzte Limite eingehalten werden. Bei Bedarf werden notwendige Maßnahmen (z. B. Anpassung der Kapitalanlagestrategie) eingeleitet. Um die vom Gesetzgeber geforderte Solvabilitätsquote in Höhe von rund 4,2 % der jeweiligen Deckungsrückstellung ausweisen zu können, wurde die Aufstockung der expliziten Eigenmittel in den letzten Jahren vorangetrieben. Außerdem wurde Kapital, das aufgrund der Eingehung nachrangiger Verbindlichkeiten eingezahlt ist und als Eigenmittel im Sinne des Versicherungsaufsichtsrechts gilt, aufgenommen. Unter Einbeziehung der nachrangigen Verbindlichkeiten betragen die Eigenmittel zur Bilanzstichtag 5,1 % der Deckungsrückstellung.

Risikomanagementprozess und Risikokategorien

Der Risikomanagementprozess umfasst vier wesentliche Phasen:

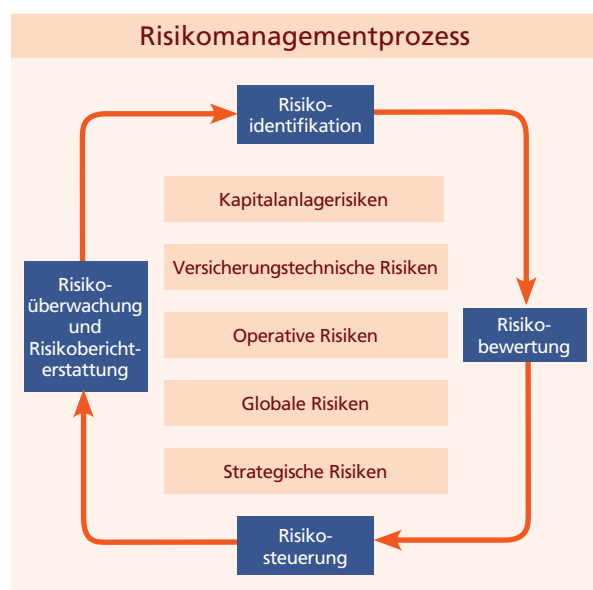
- **Risikoidentifikation:** Aufstellung einer umfassenden und nach Risikokategorien strukturierten Inventur der in der Pensionskasse bestehenden Risiken,
 - **Risikobewertung:** Beurteilung der Risiken nach den Parametern Eintrittswahrscheinlichkeit und Schadenshöhe (quantitativ wie auch qualitativ) in Bezug auf die festgestellte Schadensdimension (z. B. finanzieller Schaden, Imageschaden) ohne bzw. mit Berücksichtigung der Maßnahmen (Brutto/Netto) im Rahmen eines einheitlichen Bewertungsmodells (Ampelsystem),
 - **Risikosteuerung:** Festlegung von Maßnahmen zum Umgang mit den Risiken (Vermeidung, Verringerung, Begrenzung, Übertragung auf Dritte),
 - **Risikoüberwachung:** Überwachung der Risikotragfähigkeit, der Risikoentwicklung, der Limite und Indikatoren, Überwachung der Umsetzung der Risikostrategie, der Risikohandhabung und der risikorelevanten Methoden und Prozesse, Kontrolle der verwendeten Methoden und Daten und
- Risikoberichterstattung:** Ausführliche quartalsweise Berichterstattung über die Risikolage an die Entscheidungsträger der Pensionskasse und die BaFin.

Vierteljährlich wird eine Überprüfung der Risiken vorgenommen und die Risikolage an den Vorstand berichtet. Zusätzlich erfolgen bei wesentlichen Risikoveränderungen Ad-hoc Meldungen. Gemäß der Vorschrift des § 55c VAG wird der vierteljährliche Risikobericht spätestens einen Monat nach Einreichung bei der Geschäftsleitung auch der BaFin vorgelegt. Die von der Pensionskasse untersuchten Risiken werden den folgenden Kategorien zugeordnet:

- Die **Kapitalanlagerisiken** beinhalten alle mit der Vermögensanlage in Zusammenhang stehenden Risiken.
- Die **versicherungstechnischen Risiken** betreffen insbesondere die mit den Leistungsversprechen verbundenen biometrischen Risiken.
- Die **operativen Risiken** umfassen die Risiken des laufenden Geschäftsbetriebes, die durch menschliches oder technisches Versagen oder durch externe Einflüsse und Katastrophen entstehen. Hierzu zählen auch Rechtsrisiken in Bezug auf bestehende rechtliche Bestimmungen.
- Relevante Risiken aus externen Entwicklungstendenzen insbesondere im politischen, rechtlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umfeld der Unternehmung werden als **globale Risiken** kategorisiert (wie z. B. absehbare Änderungen in der Gesetzgebung).
- Als **strategische Risiken** werden diejenigen Risiken bezeichnet, welche die Erfolgsposition bzw. die Erfolgsfaktoren des Unternehmens betreffen und aus der Unternehmensplanung her resultieren (z. B. Produktgestaltung, Leistungssystem/Asset-Liability-Management).

Die jeweiligen Risiken können sich z. B. als finanzielles Risiko oder Reputationsrisiko darstellen.

Um die Entwicklung einzelner Risiken frühzeitig zu erkennen, werden geeignete Indikatoren und Kennzahlen analysiert. Darüber hinaus werden eingetretene Schäden bzw. Verluste erfasst, um die Einschätzung der Risikolage und die Eignung der ergriffenen Maßnahmen ex post zu überprüfen. Die Organisation des Risikomanagementsystems, das Konzept zum Risikomanagementprozess sowie die Regelungen zur Berichterstattung sind in einem Risikomanagementhandbuch dokumentiert. Zur Überwachung und Steuerung der Einzelrisiken und der Gesamtrisikolage werden die Ergebnisse des regelmäßig durchzuführenden Risikomanagementprozesses in einer zentralen Risikodatenbank aufbereitet.



Kapitalanlagerisiken

Für die Pensionskasse gehört es zu den wichtigsten Unternehmenszielen, eine risikokontrollierte und verantwortungsbewusste Kapitalanlagepolitik zu betreiben. Ziel der gesamten Vermögensanlagepolitik ist es, durch Art, Umfang und Qualität der Vermögensanlagen die dauernde Erfüllbarkeit der Pensionsverpflichtungen durch die Erwirtschaftung der erforderlichen Nettokapitalerträge sicherzustellen. Die Ziele Sicherheit, Rentabilität, Liquidität sowie Mischung und Streuung werden vom Versicherungsaufsichtsgesetz vorgegeben. Interne Vorgaben und Limite sind in einer detaillierten Kapitalanlagerichtlinie festgehalten. Die wichtigsten zu beachtenden Kapitalanlagerisiken sind dabei das

- **Marktrisiko:** Wertverluste bzw. Veränderungen bei festverzinslichen Anlagen, Aktien, Immobilien und Währungspositionen aufgrund von Veränderungen der zugrunde liegenden Marktparameter, wie z. B. Zinssätze, Aktien- oder Devisenkurse, das
- **Kreditrisiko:** Verluste durch den Ausfall oder durch die Herabstufung der Bonität von Schuldnern und das
- **Liquiditätsrisiko:** Risiko, über nicht ausreichend liquide Mittel zur Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen zu verfügen.

Die Kapitalanlagestruktur wird fortlaufend überprüft und wenn nötig den Bedürfnissen der Kapitalmarktsituation angepasst, um das Erreichen der Investmentziele zu gewährleisten. Mögliche negative Kapitalmarktentwicklungen werden über Sensitivitätsanalysen und Stresstests periodisch simuliert. Den Zins- und Kursrisiken wird unter anderem durch eine breite Mischung nach Anlagearten und eine dem versicherungstechnischen Leistungsversprechen folgende Streuung der Kapitalanlagen Rechnung getragen. Bei der Auswahl der Asset-Klassen wird darauf geachtet, mögliche negative bilanzielle Auswirkungen gering zu halten. So besteht das Rentendirektanlagenportfolio aus Namenspapieren und Schuldscheindarlehen, die wie auch die Baudarlehen zum Nennwert bilanziert werden. Im Immobilienbereich wird durch die Fokussierung auf Spitzenobjekte und nachhaltige Nutzungskonzepte sowie die laufende Aktualisierung der Anlagestrategie dem Werthaltigkeitsrisiko aktiv begegnet. Für schwankungsintensive Asset-Klassen existieren feste, an die Risikotragfähigkeit angelehnte Risikobudgets, die nicht überschritten werden dürfen. Bezogen auf einen mittelfristigen Zeitraum ist das Neu- und Wiederanlagerisiko für die Kasse wesentlich. Der Neuanlagezins ist der maßgebliche Treiber für die künftige Entwicklung der Nettoverzinsung. Ein deutlicher Rückgang der Zinsen und ein gleichzeitiges Anhalten der Niedrigzinsphase hätten einen nachhaltigen Effekt auf die Höhe der erzielbaren Nettoverzinsung. Dem Kreditrisiko wird vor allem durch strenge Anlagerichtlinien und Bonitätsanforderungen sowie einer laufenden Beobachtung der Anlagen Rechnung getragen. So sind die Anlagen in „Sonstige Ausleihungen“ bis auf einzelne Titel durch die einschlägigen Sicherungssysteme abgedeckt, als Pfandbrief ausgestaltet oder durch die öffentliche Hand abgesichert. Bei Erwerb von Rentendirektanlagen müssen bestimmte Mindestratings eingehalten werden. Bonitätskennzahlen der Emittenten, der übergeordneten Konzerne und die Besicherungsart des jeweiligen Investments werden laufend überwacht. Die Vergaberichtlinien im Bereich der Baudarlehen sind angelehnt an die mit der BaFin abgestimmten Vergabekriterien des GDV. Das Systemrisiko, also das Risiko, dass es ausgehend von einzelnen Kreditrisiken zu einer Kettenreaktion kommen kann, ist ein Restrisiko, welches durch Mischung und Streuung reduziert, aber nie gänzlich ausgeschlossen werden kann. Liquiditätsrisiken wird insbesondere durch eine mehrstufige Liquiditätsplanung (kurz- bis langfristig) über alle Asset-Klassen und auch unter Berücksichtigung sämtlicher Liquiditätsströme in der Kasse vorgebeugt.

Versicherungstechnische Risiken

Die versicherungstechnische Risikolage der Pensionskasse wird in besonderem Maße durch die Langfristigkeit der Leistungsversprechen bei Eintritt des Versicherungsfalles bestimmt. Durch jährliche interne wie auch vom Verantwortlichen Aktuar durchgeführte Risikountersuchungen wird analysiert, ob die Risiken Langlebigkeit, Invalidität und Hinterbliebenenversorgung in den Rechnungsgrundlagen ausreichend Berücksichtigung finden. Aufgrund des Anhaltens des Langlebigkeitstrends sind die biometrischen Rechnungsgrundlagen in Abstimmung mit dem Verantwortlichen Aktuar und der BaFin modifiziert worden. Die hierfür notwendige Verstärkung der Deckungsrückstellung wird gleichmäßig verteilt in den Geschäftsjahren 2009 bis 2013 durchgeführt werden. Durch das Vorhalten von freien unbelasteten Eigenmitteln wird das Zinsgarantierisiko begrenzt.

Operative Risiken

Ein grundlegendes Element zur Bewältigung der operativen Risiken stellt das interne Kontrollsystem dar. Durch Vorschriften, Kontrollen und Plausibilitätsprüfungen in den einzelnen Fachbereichen wird möglichen Fehlentwicklungen und Fehlverhalten vorgebeugt. Für manuell und maschinell unterstützte Vorgänge existieren Berechtigungsbestimmungen und Vollmachtenregelungen. Grundsätzlich werden alle Vorgänge je nach Risikogehalt im 4-Augen-Prinzip freigegeben. Die Ablauforganisation der Pensionskasse baut im Versicherungsbetrieb und bei der Verwaltung der Kapitalanlagen grundsätzlich auf einer strikten Funktionstrennung, beispielsweise bei der Bearbeitung und Abrechnung von Leistungen und der Abwicklung des Zahlungsverkehrs, auf. Zur Vermeidung einer Inanspruchnahme der Kasse im Falle möglicher Haftungsschäden bestehen entsprechende Versicherungsverträge. Um auch im Krisenfall (z. B. Ausfall bzw. Störung des Rechenzentrums, Pandemie) möglichst einen unterbrechungsfreien Geschäftsbetrieb aufrechterhalten zu können, sind für wichtige Teilbereiche Notfallkonzepte eingerichtet.

Die Schutzvorkehrungen gegen Risiken aus dem IT-Bereich sind weitreichend. Vorsorgemaßnahmen gegen einen Ausfall der Datenverarbeitungssysteme sind z. B. die Einrichtung von zwei Rechenzentren an räumlich getrennten Standorten, Zugangskontrollen, Brandschutzvorkehrungen sowie eine unabhängige Stromversorgung. Die produktiven Systeme sind hochverfügbar und ebenso wie das Netzwerk redundant ausgelegt. Die mit dem Rechenzentrumsbetreiber vereinbarte Ausfallsicherheit wird durch jährliche Notfalltests überprüft. Die Pensionskasse lässt zudem regelmäßig eine technische Sicherheitsuntersuchung aller über das Internet erreichbarer interner IT-Systeme von einer externen Prüfungsgesellschaft durchführen. Die Qualitätssicherung der IT-Systeme wird durch ein geregeltes Change-Management gewährleistet. In 2010 wurde ein neuer Provider mit dem Betrieb des IT-Rechenzentrums beauftragt. Die Migration ist im August 2010 erfolgreich durchgeführt worden. Das Projekt wurde durch PwC begleitet. Die Migrationsplanung, die durchgeführten Abstimmungshandlungen und funktionalen Tests und deren Dokumentation haben eine ordnungsgemäße Datenmigration sichergestellt.

Seitens des Wirtschaftsprüfers wird jährlich für das Aufgabengebiet der Betreuung von Firmendirektzusagen eine Bestätigung nach den Prüfungsstandards SAS 70 des American Institute of Certified Public Accountants (Stichwort „Sarbanes-Oxley-Act“) über das Vorhandensein, die Wirksamkeit und die Funktionsfähigkeit des internen Kontrollsystems ausgestellt („SAS 70 Report Type II“). Die überprüften Kontrollverfahren kommen ebenso bei der Verwaltung der Pensionsversicherungen der Pensionskasse zur Anwendung.

4. Künftige Chancen und Risiken

Für das Geschäftsjahr 2011 erwartet der Vorstand der Pensionskasse wieder eine stabile Nettoverzinsung. Die sich abzeichnende Konzentration in der Finanzindustrie, das niedrige Zinsniveau für Neuanlagen und gestiegene Kreditrisiken können sich allerdings belastend auf die erzielbaren Kapitalerträge auswirken. Eine Reduzierung des Firmenbeitrags ist derzeit nicht absehbar. Weiterhin ist künftig jährlich in Abhängigkeit von den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und in Abstimmung mit dem Verantwortlichen Aktuar zu entscheiden, ob die Pensionskasse die originäre Verpflichtung der Mitgliedsunternehmen zur Überprüfung und ggf. Anpassung der Pensionskassenrenten gemäß § 16 BetrAVG tragen kann. Aufgrund der derzeit realisierbaren Nettoverzinsung für Rentenanlagen an den Kapitalmärkten und der begonnenen Verstärkung der biometrischen Rechnungsgrundlagen hat der Vorstand der Pensionskasse dem Vorschlag des Verantwortlichen Aktuars entsprochen und die zum 1. Januar 2011 durchzuführende Überprüfung und gegebenenfalls durchzuführende Anpassung der laufenden Pensionskassenrenten bei den Trägerunternehmen belassen. Ob zur Stabilisierung des Beitrags- und Leistungssystems der Pensionskasse zusätzliche Maßnahmen notwendig werden, wird in Abhängigkeit von der Entwicklung der Kapitalmärkte und den sich ggf. verschärfenden gesetzlichen Anforderungen an die Eigenkapitalausstattung von Pensionskassen weiterhin jährlich zu untersuchen sein.

5. Wesentliche Ereignisse nach Bilanzstichtag

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres liegen nicht vor.

Vorbehalt für Zukunftsaussagen

Soweit in diesem Geschäftsbericht Prognosen oder Erwartungen geäußert werden oder die Zukunft betreffende Aussagen gemacht werden, können diese Aussagen mit bekannten oder unbekanntem Risiken und Ungewissheiten verbunden sein. Die tatsächlichen Ergebnisse und Entwicklungen können daher von den geäußerten Erwartungen und Annahmen abweichen. Neben weiteren hier nicht aufgeführten Gründen können sich Abweichungen aus Veränderungen der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und der Marktsituation ergeben. Auch die Entwicklung der Finanzmärkte sowie die nationale und internationale Gesetzgebung können einen entsprechenden Einfluss haben. Die Pensionskasse übernimmt keine Verpflichtung, Zukunftsaussagen zu aktualisieren.

Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen (ohne sonstige Versicherungen) im Geschäftsjahr 2010

	Anwärter		Invaliden- und Altersrentner			Hinterbliebenenrenten					
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Summe der Jahresrenten ²⁾	Witwen	Witwer	Waisen und Eltern	Summe der Jahresrenten ²⁾		
									Witwen	Witwer	Waisen und Eltern
Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	€	Anzahl	Anzahl	Anzahl	€	€	
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	41.866	14.239	31.121	7.243	203.796.590	10.188	387	633	31.764.041	641.829	467.239
II. Zugang während des Geschäftsjahres											
1. Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentnern	116	29	1.176	355	9.224.796	744	47	73	2.283.331	90.361	52.889
2. Sonstiger Zugang ¹⁾	2	-	3	-	4.413	7	-	28	21.266	-	17.978
3. Gesamter Zugang	118	29	1.179	355	9.229.209	751	47	101	2.304.597	90.361	70.867
III. Abgang während des Geschäftsjahres											
1. Tod	104	11	965	169	5.631.333	379	34	3	1.278.868	54.811	836
2. Beginn der Altersrente	1.064	313	-	-	-	-	-	-	-	-	-
3. Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit (Invalidität)	112	42	-	-	-	-	-	-	-	-	-
4. Reaktivierung, Wiederheirat, Ablauf	-	-	5	2	21.795	4	-	101	12.692	-	69.214
5. Ausscheiden unter Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
6. Ausscheiden ohne Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	4	5	-	-	-	-	-	-	-	-	-
7. Sonstiger Abgang	15	3	3	-	8.750	5	-	-	9.222	-	-
8. Gesamter Abgang	1.299	374	973	171	5.661.878	388	34	104	1.300.782	54.811	70.050
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	40.685	13.894	31.327	7.427	207.363.921	10.551	400	630	32.767.856	677.379	468.056
davon:											
1. beitragsfreie Anwartschaften	11.895	5.809	-	-	-	-	-	-	-	-	-
2. in Rückdeckung gegeben	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

1) z. B. Reaktivierung 2) Einzusetzen ist hier der Betrag, der sich als zukünftige Dauerverpflichtung (entsprechend der Deckungsrückstellung) ergibt.

A. Bilanz zum 31. Dezember 2010

Aktiva	2010 €		2009 €	
A. Immaterielle Vermögensgegenstände			253.041,00	333.523,00
B. Kapitalanlagen				
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		427.918.408,83		432.956.197,78
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	5.000.000,00			5.000.000,00
2. Beteiligungen	2.556,46	5.002.556,46		2.556,46
III. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	135.613.938,66			131.289.541,35
2. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	238.654.277,02			261.755.771,00
3. Sonstige Ausleihungen				
a) Namensschuldverschreibungen	3.364.531.150,56			3.062.724.665,49
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	1.943.935.335,02	5.308.466.485,58		1.975.827.184,74
4. Einlagen bei Kreditinstituten		29.000.000,00	5.711.734.701,26	6.144.655.666,55
C. Forderungen				
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:				
1. Versicherungsnehmer		270.247,42		474.634,14
2. Mitglieds- und Trägerunternehmen		810.742,27	1.080.989,69	1.424.340,52
II. Sonstige Forderungen			7.191.607,16	8.272.596,85
D. Sonstige Vermögensgegenstände				
I. Sachanlagen und Vorräte			669.063,00	666.058,00
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand			17.623.378,97	9.993.626,02
III. Andere Vermögensgegenstände			–	18.292.441,97
E. Rechnungsabgrenzungsposten				
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten			111.779.156,16	116.153.458,73
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten			7.314.197,24	8.965.031,30
Summe der Aktiva			6.290.567.099,77	6.124.898.814,37

Passiva		2010 €		2009 €
A. Eigenkapital				
I. Gewinnrücklage				
1. Verlustrücklage gemäß § 37 VAG			222.665.061,66	205.577.985,47
B. Nachrangige Verbindlichkeiten			80.000.000,00	80.000.000,00
C. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Deckungsrückstellung		5.937.734.977,68		5.790.929.168,16
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		1.003.103,32		776.779,97
III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung		191.350,68	5.938.929.431,68	165.799,86
D. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		9.533.084,00		7.011.310,00
II. Sonstige Rückstellungen		2.677.671,94	12.210.755,94	7.413.660,35
E. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber				
1. Versicherungsnehmern	4.673,83			19.566,26
2. Mitglieds- und Trägerunternehmen	14.596,04	19.269,87		63.810,88
II. Sonstige Verbindlichkeiten		36.742.580,62	36.761.850,49	32.940.733,42
davon aus Steuern: € 307.205,38 (Vorjahr: € 484.634,88)				
davon gegenüber verbundenen Unternehmen: € 15.902,97 (Vorjahr: € 26.267,47)				
Summe der Passiva			6.290.567.099,77	6.124.898.814,37

Ich bescheinige hiermit entsprechend § 73 des Versicherungsaufsichtsgesetzes, dass die zum 31. Dezember 2010 im Vermögensverzeichnis des Sicherungsvermögens aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsmäßig sichergestellt sind.

Frankfurt am Main, den 31. März 2011

Horst Kispert
Treuhänder für das Sicherungsvermögen

Es wird bestätigt, dass die Deckungsrückstellung nach dem zuletzt am 10. Juli 2010 genehmigten Geschäftsplan berechnet worden ist.

München, den 31. März 2011

Dr. Georg Thurnes
Diplom-Wirtschaftsmathematiker
Verantwortlicher Aktuar

B. Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar 2010 bis 31. Dezember 2010

		2010 €		2009 €
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge				
a) gebuchte Beiträge			134.155.404,96	139.267.935,67
2. Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung				
			165.799,86	79.685,77
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschliesslich der Bauten auf fremden Grundstücken	30.618.335,35			32.361.570,80
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	266.417.366,71	297.035.702,06		264.257.600,75
b) Erträge aus Zuschreibungen		8.108.312,94		–
c) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		5.401.677,15	310.545.692,15	3.018.326,20
4. Aufwendungen für Versicherungsfälle				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle		241.581.000,41		236.955.504,83
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		226.323,35	241.807.323,76	83.994,72
5. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen				
a) Deckungsrückstellung			146.805.809,52	151.160.894,80
6. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung				
			191.350,68	165.799,86
7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb				
a) Verwaltungsaufwendungen			1.112.291,38	1.129.510,82
Übertrag			54.950.121,63	49.489.414,16

	2010 €	2009 €
Übertrag		54.950.121,63
8. Aufwendungen für Kapitalanlagen		
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	16.627.529,23	18.147.242,08
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	17.923.130,15	10.873.344,52
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	–	3.193.627,13
9. Versicherungstechnisches Ergebnis		20.399.462,25
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung		
1. Sonstige Erträge	6.334.168,59	6.605.871,04
2. Sonstige Aufwendungen	12.980.128,91	–6.645.960,32
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		13.753.501,93
4. Außerordentliche Erträge	5.222.811,21	–
5. Außerordentliche Aufwendungen	1.861.768,00	–
6. Außerordentliches Ergebnis		3.361.043,21
4. Sonstige Steuern		27.468,95
5. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag		17.087.076,19
6. Einstellungen in Gewinnrücklagen		
a) Verlustrücklage gemäß § 37 VAG		17.087.076,19
7. Bilanzgewinn/Bilanzverlust		–

C. Anhang

1. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Jahresabschluss wird nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches gemäß § 341a HGB in Verbindung mit § 264 HGB und den ergänzenden Bestimmungen der RechVersV unter Beachtung der sich durch das BilMoG ergebenden Neuregelungen aufgestellt; auf eine Anpassung der Vorjahreszahlen wird gemäß Artikel 67 Abs. 8 EGHGB verzichtet. Auswirkungen aufgrund der Neuregelungen des BilMoG betreffen insbesondere

- Zuschreibungen auf Kapitalanlagen,
- den Ansatz der Rückstellung für unterlassene Instandhaltung,
- die Saldierung von Deckungsvermögen und Verpflichtungen aus Langzeitkonten und Altersteilzeit,
- die Bewertung der Pensionsrückstellung,
- den Ausweis der Erträge, die sich aus der Anpassung der Bilanzierung und Bewertung von Kapitalanlagen an die Vorgaben des BilMoG ergeben, als Außerordentliche Erträge,
- den Ausweis des Aufwands aus der Neubewertung der Pensionsrückstellung als Außerordentlicher Aufwand.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden werden gegenüber dem Vorjahr ansonsten grundsätzlich unverändert beibehalten.

Immaterielle Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, angesetzt.

Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige lineare und soweit notwendig um außerplanmäßige Abschreibungen, angesetzt. Gewerblich genutzte Immobilien werden mit einem Abschreibungssatz von 3 %, wohnwirtschaftlich genutzte Immobilien mit 2 % jährlich abgeschrieben. Sofern die Gründe für eine Abschreibung nach § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB nicht mehr bestehen, werden Zuschreibungen gemäß § 253 Abs. 5 HGB vorgenommen.

Anteile an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen, Aktien und Investmentanteile sowie andere nicht festverzinsliche Wertpapiere werden entsprechend dem strengen Niederstwertprinzip zu Anschaffungskosten oder niedrigeren beizulegenden Werten bilanziert. Auf die Anwendung des § 341b Abs. 2 HGB (Wahlrecht einer Abwertung nur bei dauernder Wertminderung) wird verzichtet und die Kapitalanlagen wie Umlaufvermögen bewertet. Zuschreibungen werden nach § 253 Abs. 5 HGB vorgenommen sofern die Gründe für eine Abschreibung nach § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB nicht mehr bestehen. Die Bewertung der Investmentanteile erfolgt nach der Durchschnittsmethode.

Hypotheken- und Grundschuldforderungen werden zum Nennwert, abzüglich planmäßiger und außerplanmäßiger Tilgungen sowie abzüglich gegebenenfalls notwendiger Wertberichtigungen, bilanziert.

Namenschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen werden gemäß § 341c Abs. 1 HGB zum Nennwert bilanziert. Unterschiedsbeträge zwischen Anschaffungswert und Nennwert werden abgegrenzt und planmäßig aufgelöst.

Entsprechend den Regelungen des IDW Rechnungslegungsstandards RH BFA 1.003 werden strukturierte Produkte grundsätzlich als ein einheitlicher Vermögensgegenstand bilanziert. Soweit die Kriterien für eine einheitliche Bilanzierung nicht erfüllt sind, werden die Bestandteile strukturierter Produkte als einzelne Vermögensgegenstände und Schulden bilanziert und bewertet.

Die Abnahmeverpflichtungen aus Multitranchenanleihen werden entsprechend Verlautbarung des IDW ST BFA 2/1995 als Sonstige Verbindlichkeiten und aktiver Rechnungsabgrenzungsposten bilanziert. Die Bewertung der Optionen erfolgt mit dem Marktwert zum Kaufzeitpunkt.

Nach § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB zu verrechnende Vermögensgegenstände werden mit dem beizulegenden Zeitwert angesetzt und saldiert.

Einlagen bei Kreditinstituten, Forderungen und Rechnungsabgrenzungsposten werden in Höhe der Nennwerte bilanziert. Sachanlagen werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, angesetzt. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden gemäß § 6 Abs. 2a EStG abgeschrieben.

Die Deckungsrückstellung wird nach der prospektiven Methode unter Berücksichtigung der künftigen Verwaltungskosten einzelvertraglich und geschäftsplanmäßig berechnet. Für beitragsfreie Versicherungsjahre ist eine Verwaltungskostenrückstellung in der Deckungsrückstellung enthalten. Als Rechnungsannahmen werden die Rechnungsgrundlagen RT Heubeck 1998 mod 2009 (bis 2008: Verstärkte Richttafeln 1998 nach Prof. Dr. Klaus Heubeck) sowie ein Rechnungszins von 4,0 % bzw. 3,25 % angesetzt. Der Unterschiedsbetrag aus der Verstärkung der Richttafeln wird auf die Jahre 2009 bis 2013 verteilt zugeführt.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle wird gemäß § 249 Abs. 1 HGB in Höhe der voraussichtlich noch auszahlenden Rentenleistungen und Austrittsvergütungen angesetzt.

Die anderen Rückstellungen werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags angesetzt. Für unterlassene Instandhaltungen, die innerhalb der ersten drei Monate des folgenden Geschäftsjahres nachgeholt werden, werden Rückstellungen nach § 249 Abs. 1 Nr. 1 HGB gebildet. Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen werden für abgeschlossene Verträge gebildet und nach der Barwertmethode mit einem Rechnungszins von 4,0 % angesetzt.

Die Ermittlung der Pensionsrückstellung für unmittelbare Versorgungszusagen der Pensionskasse erfolgt nach § 253 Abs. 2 HGB. Die Bewertung der Pensionsrückstellung basiert auf der Biometrie der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck und einem Rechnungszins von 5,15 %.

Soweit sich die Höhe von Altersversorgungsverpflichtungen ausschließlich nach dem beizulegenden Zeitwert von Wertpapieren bestimmt, werden Rückstellungen hierfür mit dem beizulegenden Zeitwert dieser Wertpapiere angesetzt und mit den entsprechenden Verpflichtungen saldiert.

Verbindlichkeiten werden in Höhe des Erfüllungsbetrages ausgewiesen.

2. Entwicklung der Aktivposten A., B. I., B. II. und B. III. im Geschäftsjahr 2010

	Bilanzwerte Vorjahr Tsd. €	Zugänge Tsd. €	Umbuchungen Tsd. €	Abgänge Tsd. €	Zuschreibungen 1) Tsd. €	Abschreibungen Tsd. €	Bilanzwerte Geschäftsjahr Tsd. €
A. Immaterielle Vermögensgegenstände							
1. Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	333	172	-	1	-	251	253
B. I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	432.956	9.932	-	2.104	5.022	17.888	427.918
B. II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen							
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	5.000	-	-	-	-	-	5.000
2. Beteiligungen	3	-	-	-	-	-	3
Summe B. II.	5.003	-	-	-	-	-	5.003
B. III. Sonstige Kapitalanlagen							
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	131.289	-	-	3.968	8.293	-	135.614
2. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	261.756	15.710	-	38.776	-	35	238.655
3. Sonstige Ausleihungen							
a) Namensschuldverschreibungen	3.062.725	580.181	-	278.375	-	-	3.364.531
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	1.975.827	118.108	-	150.000	-	-	1.943.935
4. Einlagen bei Kreditinstituten	109.000	-	-	80.000	-	-	29.000
Summe B. III.	5.540.597	713.999	-	551.119	8.293	35	5.711.735
Insgesamt	5.978.889	724.103	-	553.224	13.315	18.174	6.144.909

1) gemäß BilMoG z. T. als außerordentlicher Ertrag erfasst (siehe GuV II.4)

3. Angaben zur Bilanz zum 31. Dezember 2010

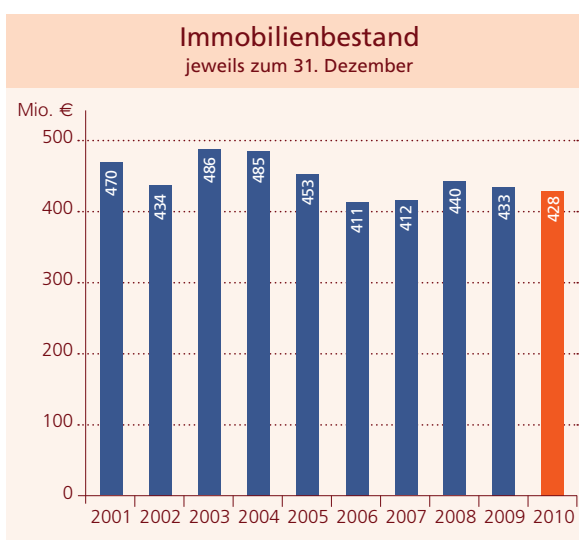
Aktiva

Zu A. Immaterielle Vermögensgegenstände

Unter den Immateriellen Vermögensgegenständen wird die für den laufenden Geschäftsbetrieb benötigte entgeltlich erworbene Software mit 253 Tsd. € ausgewiesen. Den Zugängen des Geschäftsjahres von insgesamt 172 Tsd. € stehen planmäßige, lineare Abschreibungen von 251 Tsd. € gegenüber.

Zu B. I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten

Der Immobilienbestand wurde in 2010 durch den Erwerb weiterer Immobilien verstärkt. In Hamburg, Baron-Voght-Str. 93, wurde ein Pflegeheim erworben. Ferner wurde ein Kaufvertrag zum Erwerb eines Fachmarktccenters in Wiesloch, Güterstraße 7 abgeschlossen. Die Kaufpreiszahlung und Aktivierung hierfür erfolgt voraussichtlich in 2012. Die turnusmäßige Überprüfung der Wertansätze der einzelnen Liegenschaften zum Bilanzstichtag führt zu außerplanmäßigen Abschreibungen nach § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB in Höhe von 6,9 Mio. € und zu Zuschreibungen gemäß § 253 Abs. 5 HGB in Höhe von 5,0 Mio. €. Aufgrund der erstmaligen Anwendung der sich durch das BilMoG ergebenden Änderungen werden hiervon 2,9 Mio. € als außerordentliche Erträge gebucht.



Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten				
	2010 Mio. €	2009 Mio. €	Veränderung	
			Mio. €	%
Gewerblich genutzte Immobilien	370,9	385,8	-14,9	-3,9
Wohnwirtschaftlich genutzte Immobilien	52,2	43,0	9,2	21,4
Im Bau befindliche Immobilien	0,6	-	0,6	-
Unbebaute Grundstücke	4,2	4,2	-	-
Gesamt zum 31. Dezember	427,9	433,0	-5,1	-1,2

Immobilienbestand der Pensionskasse zum 31. Dezember 2010

Anschrift		Art der Nutzung	Baujahr	Erwerbsjahr	Grundstücksfläche m ²	Nutzfläche m ²
Berlin	Am Steinplatz 1	BG	1954	1995	2.945	7.310
Berlin	Französische Str. 48	BG	1996	1997	1.288	4.986
Berlin	Leipziger Platz 14 / Voßstr. 23	BG	2000/2001	1999	1.032	5.428
Berlin	Leipziger Platz 15 / Voßstr. 22	BG	1997	1998	1.711	10.236
Dreieich-Sprendlingen	Robert-Bosch-Str. 18	BG	1989/2003	2008	9.533	8.038
Dresden	Königsbrücker Str. 57	BG	1993	2008	764	1.631
Düsseldorf	Neuer Zollhof 1	BG	1996	2000	4.358	8.002
Elmshorn	Hermann-Ehlers-Weg 4	BG	1987	2008	6.337	2.727
Erfurt	Neuwerkstr. 6	BG	1993	2008	549	1.759
Frankfurt	Eschersheimer Landstr. 6–8	BG	2001/2002	2001	2.434	6.091
Frankfurt	Kaiserstr. 9	BG	1997	2001	598	3.016
Frankfurt	Kennedyallee 76	BG	1954/1955	1995	3.077	4.315
Frankfurt	Kennedyallee 123	BG	1908/1992	1991	962	920
Frankfurt	Speicherstr. 57–59	BG	2004	2002	3.021	13.853
Hamburg	Baron-Voght-Straße 93	PH	2003	2010	6.189	5.997
Hamburg	Elbchaussee 372–374	SR	2000/2001	1999	18.837	12.798
Hamburg	Hans-Henny-Jahnn-Weg 35	BG	1990	2008	2.725	5.353
Hamburg	Neuer Wall 19	BG	1996/1997	1997	953	5.625
Hamburg	Neumühlen 9	BG	2001/2002	2001	3.301	3.725
Hattersheim	Philipp-Reis-Str. 4	BG	2004/2005	1989	7.936	10.425
Hattersheim	Philipp-Reis-Str.	UB	–	1989	33.999	–
Ismaning	Carl-Zeiss-Ring 6	BG	1991	2008	2.750	2.595
Köln	Sachsenring 69	BG	1962/1964	1961	5.151	7.183
Leipzig	Gräfestraße 1	PH	2002	2007	4.596	5.065
Leipzig	Prager Str. 13 / Eilenburger Str. 1a	BG	1905/1996	1993	1.570	6.527
Leipzig	Prager Str. 15–17 / Eilenburger Str. 3	BG	1996	1994	4.610	14.023
Mörfelden	Starkenburgerstr. 10	BG	1987	1994	8.739	6.379
Stuttgart	Jägerstr. 14–18	BG	1958/1971	1961	4.943	7.898
Stuttgart	Jägerstr. 22	BG	1953/1965	1985	2.368	4.156

BG = Büro- und Geschäftsgebäude
PH = Pflegeheim

SR = Seniorenresidenz
UB = unbebaut

Zu B. II. 1. Anteile an verbundenen Unternehmen

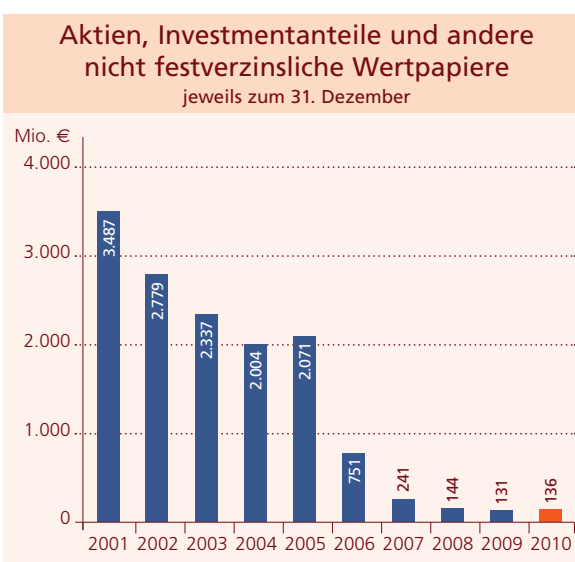
Die Pensionskasse ist alleiniger Gesellschafter der Höchster Pensions Benefits Services GmbH. Der Bilanzwert beträgt unverändert 5,0 Mio. €. Das Eigenkapital der Beteiligungsgesellschaft zum 31. Dezember 2009 beträgt 5,4 Mio. € (Vorjahr: 5,2 Mio. €) und der Jahresüberschuss in 2009 0,1 Mio. € (Vorjahr: 0,2 Mio. €). Die Höchster Pensions Benefits Services GmbH hat zum 1. Januar 2001 ihren Geschäftsbetrieb aufgenommen. Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit ist die Erstellung von versicherungsmathematischen Gutachten über unmittelbare Versorgungsverpflichtungen nach nationalen (§ 6a EStG, BilMoG) und internationalen (u. a. US-GAAP, IFRS) Bilanzierungsgrundsätzen, die Durchführung von Versorgungsgradanalysen sowie die administrative Umsetzung des Insolvenzschutzes für Wertguthaben aus Altersteilzeitarbeit und Langzeitkonten.

Zu B. II. 2. Beteiligungen

Im Zusammenhang mit der Vermögensanlage in die Liegenschaft Hamburg, Neumühlen 9, hält die Pensionskasse einen Anteil von 8,3 % an der „Poldergesellschaft Neumühlen-Westkai mbH“. Der Buchwert beträgt unverändert 3 Tsd. €.

Zu B. III. 1. Aktien und Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Die Vermögensanlagen in Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere belaufen sich zum Jahresende 2010 auf 135,6 Mio. €. Die Pensionskasse hält ausschließlich Anteile an Wertpapierspezialfonds. Im Zuge der Reallokation der Vermögensanlagen wurden die Anlagen in gemischten Wertpapierspezialfonds um weitere 4,0 Mio. € reduziert. Hierbei wurden Erträge aus Abgang in Höhe von 5,4 Mio. € realisiert. Ferner sind Zuschreibungen gemäß § 253 Abs. 5 HGB in Höhe von insgesamt 8,3 Mio. € zum Bilanzstichtag vorzunehmen. Aufgrund der erstmaligen Anwendung der sich durch das BilMoG ergebenden Änderungen werden hiervon 2,3 Mio. € als außerordentliche Erträge gebucht.

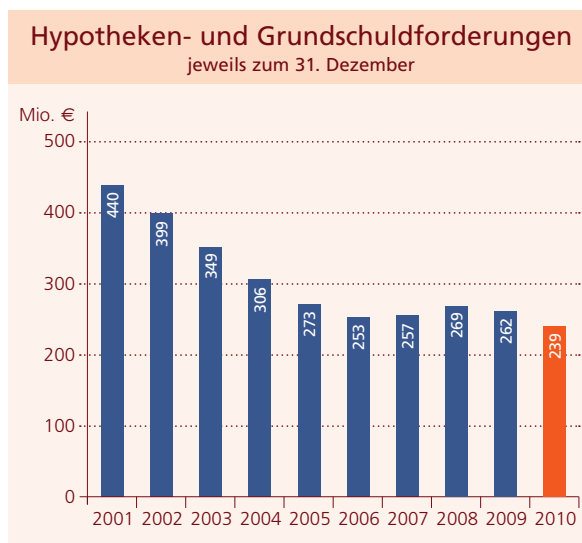


Bestand Spezialfonds				
	2010 Mio. €	2009 Mio. €	Veränderung	
			Mio. €	%
Rentenfonds	110,0	109,9	0,1	0,1
Gemischte Wertpapierfonds	15,6	12,2	3,4	27,9
Sonstige nicht festverzinsliche Wertpapiere	10,0	9,2	0,8	8,7
Gesamt zum 31. Dezember	135,6	131,3	4,3	3,3

Zu B. III. 2. Hypotheken- und Grundschuldforderungen

Die Pensionskasse vergibt grundpfandrechtlich gesicherte Darlehen zur Immobilienfinanzierung. Voraussetzung für die Darlehensvergabe ist, dass die Darlehensnehmer die persönlichen Voraussetzungen erfüllen und das Beleihungsobjekt für die Sicherstellung der Darlehensschuld geeignet ist. Darlehensnehmer können sowohl Mitglieder als auch Nichtmitglieder der Pensionskasse sein. Die Konditionen orientieren sich an den jeweiligen Marktbedingungen.

Obwohl im Jahr 2010 die Zahl der Baugenehmigungen in Deutschland im Vergleich zum Vorjahr angestiegen ist, konnten aufgrund der Zinssituation weniger Darlehen zugesagt und ausgezahlt werden. Das Volumen der Hypotheken- und Grundschuldforderungen hat sich per Saldo damit auf 238,7 Mio. € vermindert. Die Anlageklasse Baudarlehen soll aufgrund ihrer breiten Risikodiversifizierung und geringen Volatilität beibehalten und wenn möglich wieder ausgebaut werden.

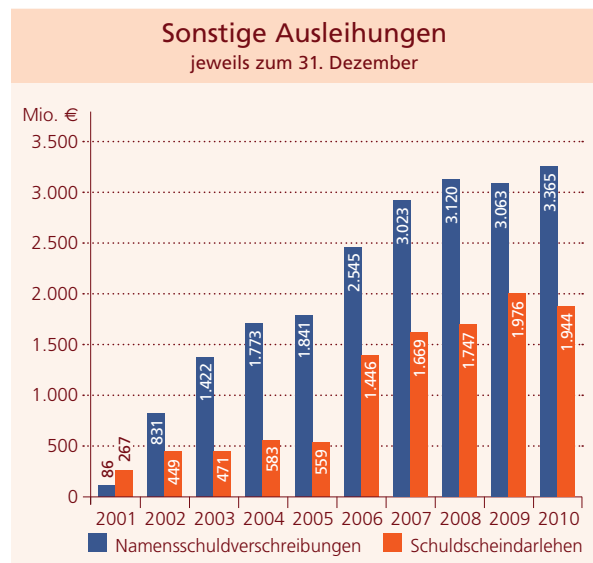


Hypotheken- und Grundschuldforderungen				
	2010 Mio. €	2009 Mio. €	Veränderung	
			Mio. €	%
Gesamt 1. Januar	261,8	268,7	-6,9	-2,6
Auszahlungen	15,7	32,1	-16,4	-51,1
	277,5	300,8	-23,3	-7,7
planmäßige Tilgungen	-19,8	-19,8	-	-
Sondertilgungen	-19,0	-19,1	0,1	-0,5
Wertberichtigungen	-	-0,1	0,1	-100,0
Gesamt zum 31. Dezember	238,7	261,8	-23,1	-8,8

Grundpfandrechtlich gesicherte Darlehensforderungen gegenüber Mitgliedern des Aufsichtsrats, die zu den allgemein geltenden Konditionen vergeben werden, betragen zum 31. Dezember 2010 insgesamt 460 Tsd. € (Vorjahr: 320 Tsd. €). Sie sind mit Zinssätzen zwischen 4,0 % und 5,5 % jährlich zu verzinsen. Im Geschäftsjahr 2010 wurden 114 Tsd. € (Vorjahr: 110 Tsd. €) zurückgezahlt. Grundpfandrechtlich gesicherte Darlehensforderungen gegenüber Mitgliedern des Vorstands, die zu den allgemein geltenden Konditionen vergeben werden, betragen zum 31. Dezember 2010 insgesamt 234 Tsd. € (Vorjahr: 243 Tsd. €). Sie sind mit 5,0 % jährlich zu verzinsen. Im Geschäftsjahr 2010 wurden 9 Tsd. € (Vorjahr: 53 Tsd. €) zurückgezahlt.

Zu B. III. 3. Sonstige Ausleihungen

Die Vermögensanlagen in Schuldscheindarlehen und Namensschuldverschreibungen bilden zusammen das Anlagesegment Sonstige Ausleihungen. Im Geschäftsjahr 2010 führten Darlehensvergaben und Wertpapierkäufe zu Zugängen von 698,3 Mio. €. Fälligkeiten und Rückzahlungen summierten sich auf 428,3 Mio. €. Insgesamt hat sich der Bestand an sonstigen Ausleihungen auf 5.308,5 Mio. € erhöht. Von den Anlagen entfallen 3.364,5 Mio. € auf Namensschuldverschreibungen und 1.944,0 Mio. € auf Schuldscheindarlehen. Bis auf wenige Einzeltitel sind alle Anlagen über die öffentliche Hand abgedeckt, als Pfandbrief gesichert oder in ein gesetzliches oder freiwilliges Sicherungssystem integriert und verfügen grundsätzlich mindestens über ein Investment Grade Rating.



Sonstige Ausleihungen				
	2010	2009	Veränderung	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	%
Namensschuldverschreibungen öffentliche Haushalte	51,1	–	51,1	–
Namensschuldverschreibungen privatrechtliche Kreditinstitute	2.799,2	2.503,9	295,3	11,8
Namensschuldverschreibungen öffentlich rechtliche Kreditinstitute	514,2	558,8	–44,6	–8,0
Schuldscheindarlehen öffentliche Haushalte	688,1	680,2	7,9	1,2
Schuldscheindarlehen privatrechtliche Kreditinstitute	887,3	962,6	–75,3	–7,8
Schuldscheindarlehen öffentlich rechtliche Kreditinstitute	368,6	333,0	35,6	10,7
Gesamt zum 31. Dezember	5.308,5	5.038,5	270,0	5,4

Zu B. III. 4. Einlagen bei Kreditinstituten

Als Einlagen bei Kreditinstituten werden Termineinlagen, die zur kurzfristigen Anlage liquider Mittel getätigt werden, ausgewiesen. Zum Bilanzstichtag belaufen sich die Anlagen auf 29,0 Mio. € (Vorjahr: 109,0 Mio. €).

Zu B. Kapitalanlagen

Der Zeitwert der Kapitalanlagen beträgt zum Bilanzstichtag 6.303,0 Mio. €. Der Zeitwert der Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte wird bei der erstmaligen Bewertung durch einen fachlich geeigneten Sachverständigen nach der Ertragswertmethode ermittelt und anschließend jährlich überprüft. Zur Ermittlung der Zeitwerte der Investmentanteile und anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere werden die Börsenkurse herangezogen. Die Zeitwerte der Grundschul- und Hypothekenforderungen sowie der Sonstigen Ausleihungen werden nach der Barwertmethode bzw. gängigen mathematischen Modellen entsprechend den Vorgaben des § 56 RechVersV durch interne und/oder externe Sachverständige ermittelt.

Kapitalanlagen				
in Mio. €	Anschaffungswert	Buchwert	Zeitwert	Reserve
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	606,2	427,9	473,9	46,0
Anteile an verbundenen Unternehmen	5,0	5,0	5,0	–
Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	135,7	135,6	165,1	29,5
Hypotheken- und Grundschuldforderungen	239,1	238,7	261,6	22,9
Namensschuldverschreibungen	3.364,5	3.364,5	3.463,3	98,8
Schuldscheinforderungen	1.944,0	1.944,0	1.905,1	–38,9
Einlagen bei Kreditinstituten	29,0	29,0	29,0	–
Gesamt zum 31. Dezember 2010	6.323,5	6.144,7	6.303,0	158,3

Zu C. I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft

Bei den Forderungen handelt es sich um bis zum Bilanzstichtag noch nicht gezahlte Mitglieds- und Firmenbeiträge mit einer Restlaufzeit von unter einem Jahr. Sie entfallen zu 0,3 Mio. € (Vorjahr: 0,5 Mio. €) auf Mitgliedsbeiträge und zu 0,8 Mio. € (Vorjahr: 1,4 Mio. €) auf Firmenbeiträge.

Zu C. II. Sonstige Forderungen

Als Sonstige Forderungen werden im Wesentlichen Forderungen aus noch nicht abgerechneten Nebenkosten aus der Vermietung von Immobilien, noch nicht gezahlten Mieten sowie rückständigen Annuitäten und Darlehensforderungen aus der Vergabe von Baudarlehen ausgewiesen. Soweit notwendig werden für zweifelhafte Forderungen Wertberichtigungen gebildet. Zum Geschäftsjahresende summieren sich die Wertberichtigungen auf 0,4 Mio. € (Vorjahr: 0,3 Mio. €). Alle Forderungen haben eine Restlaufzeit von unter einem Jahr. Zum Bilanzstichtag werden 7,2 Mio. € (Vorjahr: 7,9 Mio. €) ausgewiesen.

Zu D. I. Sachanlagen und Vorräte

Der Bestand an Sachanlagen hat sich in 2010 wie folgt entwickelt:

Sachanlagen					
in Tsd. €	Bilanzwert Vorjahr	Zugänge	Abgänge	Abschrei- bungen	Bilanzwert Geschäfts- jahr
Betriebs- und Geschäftsausstattung	176	63	–	58	181
Sonstige Sachanlagen	379	91	4	57	409
Geringwertige Wirtschaftsgüter	111	2	–	34	79
Gesamt	666	156	4	149	669

Zu D. II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten

Ausgewiesen werden ausschließlich Guthaben auf Konten der Pensionskasse, die für den laufenden Zahlungsverkehr bei verschiedenen Kreditinstituten unterhalten werden. Die Guthaben belaufen sich auf 17,6 Mio. € (Vorjahr: 10,0 Mio. €).

Zu D. III. Andere Vermögensgegenstände

Bereits zum 1. August 2007 hat die Pensionskasse für ihre Mitarbeiter ein Modell zur Gestaltung der persönlichen Lebensarbeitszeit in Form eines Lebensarbeitszeitkontos eingeführt. Die Anlage der Wertguthaben erfolgt in Wertpapierfonds, die im Vorjahr im Wesentlichen unter dieser Bilanzposition ausgewiesen wurden. Entsprechend der durch das BilMoG neu eingeführten Regelung in § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB werden diese künftig als zu verrechnende Vermögensgegenstände (Deckungsvermögen) mit dem beizulegenden Zeitwert der Anlagen nach § 253 Abs. 1 Satz 4 HGB angesetzt und mit der entsprechenden Rückstellung saldiert.

Ebenso werden erstmals die im Rahmen der Umsetzung des Insolvenzschutzes für Wertguthaben aus Altersteilzeitverpflichtungen bestehenden Wertguthaben mit der entsprechenden Rückstellung wegen Erfüllungsrückstand saldiert.

Zu E. Rechnungsabgrenzungsposten

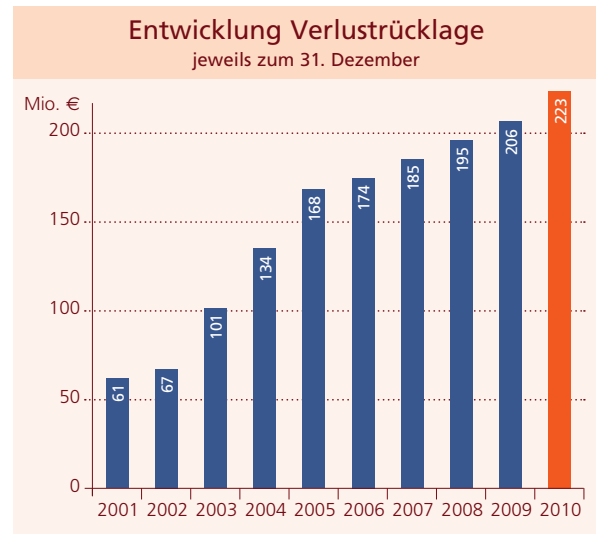
Der Rechnungsabgrenzungsposten enthält im Wesentlichen abgegrenzte Zinsen für Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen sowie Optionsprämien auf Abnahmeverpflichtungen aus Multitranchenanleihen.

Rechnungsabgrenzungsposten				
	2010 Mio. €	2009 Mio. €	Veränderung	
			Mio. €	%
Abgegrenzte Zinsen	111,8	116,1	–4,3	–3,7
Optionsprämien auf Abnahmeverpflichtungen	6,0	7,5	–1,5	–20,0
Sonstige aktive Rechnungsabgrenzungsposten	1,3	1,5	–0,2	–13,3
Gesamt zum 31. Dezember	119,1	125,1	–6,0	–4,8

Passiva

Zu A. I. 1. Verlustrücklage gemäß § 37 VAG

Nach der Satzung der Pensionskasse sind der Verlustrücklage die überrechnungsmäßigen Erträge aus den Kapitalanlagen und dem Risikoverlauf zuzuführen, bis diese mindestens die gesetzlich oder aufsichtsrechtlich geforderte Höhe erreicht hat. Zum 31. Dezember 2010 beläuft sich die Verlustrücklage auf 222,7 Mio. € (Vorjahr: 205,6 Mio. €) und beträgt damit 3,75 % der Deckungsrückstellung.

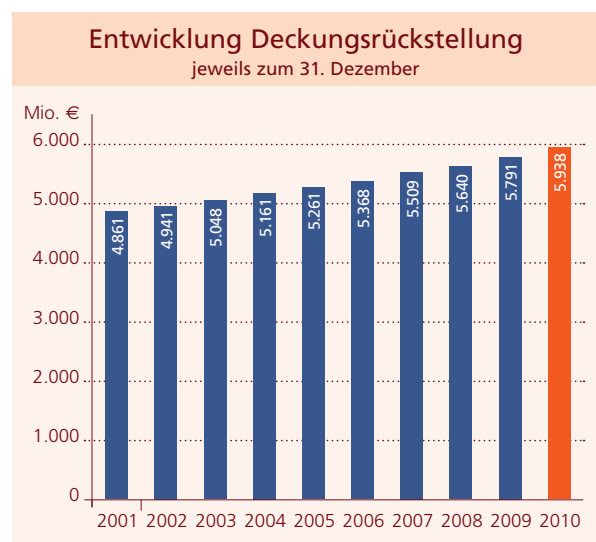


Zu B. Nachrangige Verbindlichkeiten

Nach § 53c VAG kann Kapital, welches aufgrund der Eingehung nachrangiger Verbindlichkeiten eingezahlt wird, als Eigenmittel angesehen werden. Die Pensionskasse hat von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht und nachrangige Darlehen in Höhe von insgesamt 80,0 Mio. € aufgenommen. Hiervon sind 40,0 Mio. € zeitlich unbefristet.

Zu C. I. Deckungsrückstellung

Die Deckungsrückstellung berechnet sich mit dem Barwert der Leistungen abzüglich des Barwertes der künftigen Beiträge. Dabei wird der Barwert der künftigen Firmenbeiträge mit dem versicherungstechnischen Bedarfsbeitrag angesetzt. Bewertungsalter ist die vorgezogene Altersgrenze von 60 Jahren. Um dem anhaltenden Anstieg der ferneren Lebenserwartung entgegen zu wirken und um auch künftig über ausreichende Sicherheiten in den biometrischen Rechnungsgrundlagen zu verfügen, erfolgt die Berechnung der Deckungsrückstellung seit 2009 unter Verwendung der Richttafeln RT Heubeck 1998 mod 2009. Die hierfür notwendige Verstärkung der Deckungsrückstellung erfolgt in gleichen Schritten über einen Zeitraum von fünf Jahren, beginnend ab dem Geschäftsjahr 2009. Der Rechnungszins beträgt 4 %. Die Umsetzung der Riester-Förderung erfolgt in einem separaten Tarif. Dessen Grundlage ist ein Rechnungszins von 3,25 % sowie die Richttafeln RT Heubeck 1998 mod 2009. Im Geschäftsjahr 2010 wird der Technische Geschäftsplan in der zuletzt mit Schreiben der BaFin vom 12. Juli 2010 genehmigten Fassung angewendet. Zum 31. Dezember 2010 beträgt die Deckungsrückstellung 5.937,7 Mio. € (Vorjahr: 5.790,9 Mio. €).



Zu C. II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Für noch nicht beantragte Renten an ausgeschiedene Mitglieder, welche bereits leistungsberechtigt wären, wird eine Rückstellung in Höhe der mutmaßlich erforderlichen Beträge gebildet. Die Rückstellung betrifft ferner noch auszahlende Renten.

Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
	2010	2009	Veränderung	
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	%
Noch auszahlende Renten	61	104	-43	-41,3
Noch nicht beantragte Renten	933	673	260	38,6
Noch auszahlende Beitragsrückstellungen	9	-	9	-
Gesamt zum 31. Dezember	1.003	777	226	29,1

Zu C. III. Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung

Die Rückstellung betrifft die den Zulagenversicherungen zuzuweisenden Überschussanteile. Sie wird mit 191 Tsd. € (Vorjahr: 166 Tsd. €) ausgewiesen.

Entwicklung Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung nach § 28 Abs. 8 Nr. 1 RechVersV				
	2010	2009	Veränderung	
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	%
Anfangsbestand	166	80	86	107,5
Entnahme gemäß Gewinnverteilungsbeschluss zur Einstellung in die Deckungsrückstellung	166	80	86	107,5
Zuführung	191	166	25	15,1
Gesamt zum 31. Dezember	191	166	25	15,1

Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung Angabe nach § 28 Abs. 8 Nr. 2 RechVersV				
	2010	2009	Veränderung	
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	%
Bereits festgelegte, aber noch zugeweilte laufende Überschussanteile	191	166	86	15,1
Gesamt zum 31. Dezember	191	166	86	15,1

Zu D. I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Ermittlung der Pensionsrückstellung für unmittelbare Versorgungszusagen der Pensionskasse erfolgt nach § 253 Abs. 2 HGB. Die Bewertung der Pensionsrückstellung basiert auf den Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck. Hierbei wird für alle Verpflichtungen das Anwartschaftsbarwertverfahren im Sinne IAS 19 (Projected Unit Credit Method) angewendet. Das Pensionierungsendalter beträgt für Männer und Frauen 60 Jahre. Bei der Ableitung des Diskontierungszinssatzes wird von einer pauschalen Restlaufzeit von 15 Jahren ausgegangen. Als Rechnungszins wird der nach § 253 Abs. 2 Satz 4 HGB von der Deutschen Bundesbank veröffentlichte Abzinsungssatz zum Bilanzstichtag von 5,15 % (Rechnungszinssatz Vorjahr: 5 %) verwendet. Ferner werden bei der Berechnung eine jährliche Einkommenssteigerung von 2,5 %, eine jährliche Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung um 2,25 %, eine jährliche Rentensteigerung von 2 % und alters- und geschlechtsabhängige Fluktuationswahrscheinlichkeiten berücksichtigt.

Die Möglichkeit nach Art. 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB einen sich aufgrund der Neuregelung nach BilMoG ergebenden Zuführungsbetrag über 15 Jahre zu verteilen, wird nicht in Anspruch genommen und der sich ergebende Umstellungsbetrag von 1,8 Mio. € als außerordentlicher Aufwand erfasst. Zum Geschäftsjahresende wird die Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen mit 9,5 Mio. € (Vorjahr: 7,0 Mio. €) bilanziert.

Zu D. II. Sonstige Rückstellungen

Unter den Sonstigen Rückstellungen werden im Wesentlichen Verpflichtungen für unterlassene Instandhaltungen aus dem Immobiliengeschäft, die innerhalb der ersten drei Monate (Vorjahr: 12 Monate) des folgenden Geschäftsjahres nachgeholt werden und Personalarückstellungen ausgewiesen.

Sonstige Rückstellungen				
	2010 Mio. €	2009 Mio. €	Veränderung	
			Mio. €	%
Rückstellung für unterlassene Instandhaltung	0,7	4,7	-4,0	-85,1
Personalarückstellungen	1,4	2,0	-0,6	-30,0
Sonstige Rückstellungen	0,6	0,7	-0,1	-14,3
Gesamt zum 31. Dezember	2,7	7,4	-4,7	-63,5

Soweit sich die Höhe von Altersversorgungsverpflichtungen ausschließlich nach dem beizulegenden Zeitwert von Wertpapieren (wertpapiergebundene Zusagen) bestimmt und die Vermögensgegenstände dem Zugriff der anderen Gläubiger entzogen sind, werden Rückstellungen hierfür mit dem beizulegenden Zeitwert dieser Wertpapiere nach § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB angesetzt und saldiert ausgewiesen.

Die Rückstellung für Altersteilzeitverpflichtungen wird nach § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB mit den zur Umsetzung des Insolvenzschutzes im Rahmen eines CTA bestehenden Wertguthaben in Höhe von 232 Tsd. € saldiert ausgewiesen.

Angaben nach § 285 Nr. 25 HGB	Tsd. €
Anschaffungskosten der verrechneten Vermögensgegenstände (Insolvenzversicherung ATZ)	229
Beizulegender Zeitwert der verrechneten Vermögensgegenstände	232
Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden	229

Die Pensionskasse hat für ihre Mitarbeiter ein Modell zur Gestaltung der persönlichen Lebensarbeitszeit in Form eines Lebensarbeitszeitkontos eingeführt. Die Anlage der Wertguthaben erfolgt in Wertpapierfonds. Für die Verpflichtungen im Rahmen dieses bestehenden Langzeitkontenmodells ergeben sich nach § 285 Nr. 25 HGB folgende Angaben:

Angaben nach § 285 Nr. 25 HGB	Tsd. €
Anschaffungskosten der verrechneten Vermögensgegenstände (Langzeitkonten)	426
Beizulegender Zeitwert der verrechneten Vermögensgegenstände	448
Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden	448
Verrechnete Aufwendungen (Zuführung zur Rückstellung)	165
Verrechnete Erträge (Zuschreibungen auf den beizulegenden Zeitwert)	22

Die beizulegenden Zeitwerte der verrechneten Vermögensgegenstände wurden anhand von Marktpreisen auf einem aktiven Markt bestimmt.

Zu E. I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft

Die Bilanzposition beinhaltet überzahlte Mitglieds- und Firmenbeiträge in Höhe von 19 Tsd. € (Vorjahr: 83 Tsd. €).

Zu E. II. Sonstige Verbindlichkeiten

Die Sonstigen Verbindlichkeiten haben sich im Vergleich zum Vorjahr stichtagsbedingt von 32,9 Mio. € auf 36,7 Mio. € erhöht.

Sonstige Verbindlichkeiten				
	2010 Mio. €	2009 Mio. €	Veränderung	
			Mio. €	%
Abnahmeverpflichtungen im Zusammenhang mit dem Erwerb von Multitranchenanleihen	14,2	14,6	-0,4	-2,7
Vorauszahlungen auf noch abzurechnende Nebenkosten aus der Vermietung von Immobilien	5,6	6,0	-0,4	-6,7
Abrechnungsverbindlichkeiten gegenüber der Höchster Pensionskasse VVaG	7,4	1,8	5,6	311,1
Abrechnungsverbindlichkeiten gegenüber der Höchster Sterbekasse VVaG	0,5	0,4	0,1	25,0
Offene Rechnungen aus Lieferungen und Leistungen	2,0	3,3	-1,3	-39,4
Abrechnungsverbindlichkeiten im Zusammenhang mit der Auszahlung von Firmenrenten	2,7	2,7	-	-
Zinsen auf Nachrangdarlehen	1,9	1,9	-	-
Erhaltene Mietkautionen aus der Vermietung von Immobilien	0,8	0,8	-	-
Sonstiges	1,6	1,4	0,2	14,3
Gesamt 31. Dezember	36,7	32,9	3,8	11,6

Restlaufzeiten der Sonstigen Verbindlichkeiten				
in Mio. €	Gesamt	bis 1 Jahr	bis 5 Jahre	über 5 Jahre
Abnahmeverpflichtungen aus Multitranchenanleihen	14,2	3,9	–	10,3
Sonstige Verbindlichkeiten	22,5	22,5	–	–
Gesamt zum 31. Dezember 2010	36,7	26,4	–	10,3

Gesamtbetrag der sonstigen finanziellen Verpflichtungen

Der Gesamtbetrag der sonstigen finanziellen Verpflichtungen beträgt zum Bilanzstichtag rund 859,0 Mio. € (Vorjahr: 1.050,9 Mio. €).

Fälligkeit der sonstigen finanziellen Verpflichtungen				
in Mio. €	Gesamt	bis 1 Jahr	bis 5 Jahre	über 5 Jahre
Abnahmeverpflichtungen aus Multitranchenanleihen	810,8	192,0	448,8	170,0
Auszahlungsverpflichtungen aus zugesagten und noch nicht ausgezahlten Baudarlehen	24,4	12,0	12,4	–
Verpflichtungen aus Grundstücksinvestitionen	13,9	–	13,9	–
aus dem laufenden Mietvertrag für die Geschäftsräume der Pensionskasse	7,2	1,0	4,1	2,1
aus Standortkosten im Zusammenhang mit dem Mietvertrag für die Geschäftsräume der Pensionskasse	0,2	0,2	–	–
aus den Betriebsverträgen für die Rechenzentren der Pensionskasse	2,5	0,5	2,0	–
Gesamt zum 31. Dezember 2010	859,0	205,7	481,2	172,1

4. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2010

Zu I. 1. Verdiente Beiträge

Die gebuchten Beiträge sind im Vergleich zum Vorjahr um 5,1 Mio. € zurückgegangen. Sie belaufen sich auf insgesamt 134,2 Mio. € (Vorjahr: 139,3 Mio. €) und gliedern sich wie folgt:

Gebuchte Beiträge				
	2010 Mio. €	2009 Mio. €	Veränderung	
			Mio. €	%
Gesamt:	134,2	139,3	-5,1	-3,7
davon aus: – Einzelversicherungen	134,2	139,3	-5,1	-3,7
davon aus: – laufenden Beiträgen	131,5	136,8	-5,3	-3,9
davon aus: – Einmalbeiträgen	2,7	2,5	0,2	8,0

Zu I. 2. Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung

Die Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung belaufen sich in 2010 auf 166 Tsd. € nach 80 Tsd. € im Vorjahr.

Zu I. 3. a) Erträge aus Kapitalanlagen

Die laufenden Erträge aus Kapitalanlagen setzen sich wie folgt zusammen:

Erträge aus Kapitalanlagen				
aus	2010 Mio. €	2009 Mio. €	Veränderung	
			Mio. €	%
Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten	30,6	32,4	-1,8	-5,6
Hypotheken- und Grundschuldforderungen	12,8	13,7	-0,9	-6,6
Sonstigen Ausleihungen	251,3	249,0	2,3	0,9
Einlagen bei Kreditinstituten und sonstigen Erträgen	2,3	1,5	0,8	53,3
Gesamt	297,0	296,6	0,4	0,1

Zu I. 3. b Erträge aus Zuschreibungen

Bisher hatte die Pensionskasse gemäß § 341b Abs. 2 Satz 2 HGB a.F. ein Wahlrecht, Zuschreibungen entsprechend § 280 Abs. 1 HGB a.F. vorzunehmen. Durch die Neuregelungen des BilMoG sind künftig Zuschreibungen bei Wegfall der Gründe für eine außerplanmäßige Abschreibung vorzunehmen (§ 253 Abs. 5 HGB). Hierdurch ergeben sich in 2010 Erträge aus Zuschreibungen in Höhe von 8,1 Mio. €.

Zuschreibungen auf Kapitalanlagen	
	2010 Mio. €
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	2,1
Investmentanteile	6,0
Gesamt	8,1

Zu I. 3. c) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen

Die Veräußerung von Investmentanteilen führte zu Gewinnen aus dem Abgang von Kapitalanlagen in Höhe von 5,4 Mio. €. Im Vorjahr betragen die realisierten Abgangsgewinne aus dem Verkauf von Immobilienanlagen 3,0 Mio. €.

Zu I. 4. a) und b) Aufwendungen für Versicherungsfälle

Die Aufwendungen für Versicherungsfälle einschließlich der Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle sind in 2010 weiter auf 241,8 Mio. € angestiegen. Sie gliedern sich wie folgt:

Aufwendungen für Versicherungsfälle				
	2010 Mio. €	2009 Mio. €	Veränderung	
			Mio. €	%
Altersrenten	195,5	191,9	3,6	1,9
Witwen- und Witwerrenten	33,3	32,2	1,1	3,4
Waisenrenten	0,5	0,5	–	–
Dienstunfähigkeitsrenten	10,8	10,8	–	–
Beitragserstattungen	0,2	0,2	–	–
Regulierungsaufwendungen	1,3	1,3	–	–
Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	0,2	0,1	0,1	100,0
Gesamt	241,8	237,0	4,8	2,0

Zu I. 5. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen

Die Deckungsrückstellung wird im Geschäftsjahr 2010 um 146,8 Mio. € (Vorjahr: 151,2 Mio. €) auf 5.937,7 Mio. € dotiert.

Zu I. 6. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

Nach dem Technischen Geschäftsplan wird ein sich aus Zulagenversicherungsverträgen ergebender Überschuss der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zugeführt und im Folgejahr leistungserhöhend verwendet. Die Aufwendungen für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung betragen im abgelaufenen Geschäftsjahr 191 Tsd. € (Vorjahr: 166 Tsd. €).

Zu I. 7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb

Die Verwaltungsaufwendungen liegen mit 1,1 Mio. € auf dem Niveau des Vorjahres. Sie belaufen sich unverändert auf 0,8 % der Beitragseinnahmen.

Zu I. 8. a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen

Die Aufwendungen für die Verwaltung der Kapitalanlagen betragen 16,6 Mio. € (Vorjahr: 18,1 Mio. €).

Aufwendungen für Kapitalanlagen				
	2010 Mio. €	2009 Mio. €	Veränderung	
			Mio. €	%
Aufwendungen für Baudarlehen	0,2	0,5	-0,3	-60,0
Instandhaltungsaufwendungen	3,3	5,7	-2,4	-42,1
Hausaufwand und sonstige Aufwendungen	9,0	7,6	1,4	18,4
Personal- und Sachaufwendungen	4,1	4,3	-0,2	-4,7
Gesamt	16,6	18,1	-1,5	-8,3

Zu I. 8. b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen

Im Geschäftsjahr 2010 betragen die Abschreibungen auf Kapitalanlagen 17,9 Mio. € (Vorjahr: 10,9 Mio. €).

Abschreibungen auf Kapitalanlagen				
	2010 Mio. €	2009 Mio. €	Veränderung	
			Mio. €	%
Planmäßige Abschreibungen auf Immobilien	11,0	10,8	0,2	1,9
Außerplanmäßige Abschreibungen auf Immobilien	6,9	–	6,9	–
Wertberichtigungen auf Darlehensforderungen	–	0,1	-0,1	-100,0
Gesamt	17,9	10,9	7,0	64,2

Zu I. 8. c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen

Im Berichtsjahr 2010 sind keine Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen realisiert worden (Vorjahr: 3,2 Mio. €).

Zu II. 1. Sonstige Erträge

Als Sonstige Erträge werden im Wesentlichen die Erträge aus der Weiterbelastung der entstandenen Selbstkosten für die Tätigkeit der Pensionskasse im Rahmen der Verwaltung der Firmendirektzusagen von Trägerunternehmen sowie der abgeschlossenen Funktionsausgliederungsverträge mit der Höchster Pensionskasse VVaG und der Höchster Sterbekasse VVaG ausgewiesen. Die Sonstigen Erträge summieren sich in 2010 auf 6,3 Mio. € (Vorjahr: 6,6 Mio. €).

Zu II. 2. Sonstige Aufwendungen

Die Selbstkosten, die für die Tätigkeiten der Pensionskasse auf dem Gebiet der betrieblichen Altersversorgung für die Trägerunternehmen und für die Verwaltung der Höchster Pensionskasse VVaG und der Höchster Sterbekasse VVaG im Rahmen der bestehenden Funktionsausgliederungsverträge entstehen, werden als Sonstige Aufwendungen ausgewiesen. Ferner werden die in 2010 angefallenen Zinsaufwendungen, die im Wesentlichen auf die aufgenommenen Nachrangdarlehen entfallen sowie Sonstige Funktionsbereichskosten unter dieser Position ausgewiesen.

Sonstige Aufwendungen				
	2010	2009	Veränderung	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	%
Selbstkosten für Verwaltungstätigkeiten	6,3	6,2	0,1	1,6
Zinsaufwendungen	4,2	4,2	–	–
Sonstige Personal- und Sachkosten	2,5	2,4	0,1	4,2
Gesamt	13,0	12,8	0,2	1,6

Zu II. 4. Außerordentliche Erträge

Bisher hatte die Pensionskasse gemäß § 341b Abs. 2 Satz 2 HGB a. F. ein Wahlrecht, Zuschreibungen entsprechend § 280 Abs. 1 HGB a. F. vorzunehmen. Durch die Neuregelungen des BilMoG sind zukünftig Zuschreibungen nach § 253 Abs. 5 HGB bei Wegfall der Gründe für eine außerplanmäßige Abschreibung vorzunehmen. Nach Art. 67 Abs. 7 EGHGB sind die Erträge, die sich aus der Anpassung der Bilanzierung und Bewertung an die Vorgaben des BilMoG ergeben, als Außerordentliche Erträge zu erfassen. Von diesen außerordentlichen Erträgen von insgesamt 5,2 Mio. € entfallen 2,9 Mio. € auf Immobilien, 1,5 Mio. € auf Investmentanteile und 0,8 Mio. € auf sonstige Wertpapiere.

Zu II. 5. Außerordentliche Aufwendungen

Die Möglichkeit nach Art. 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB, einen sich aufgrund der Neuregelungen des BilMoG ergebenden Umstellungsaufwand aus der geänderten Bewertung der Pensionsrückstellung über 15 Jahre zu verteilen, wird nicht in Anspruch genommen und der sich ergebende Umstellungsbetrag von 1,8 Mio. € als außerordentlicher Aufwand erfasst.

Zu II. 9. a) Einstellung in Verlustrücklage

Der sich ergebende Jahresüberschuss in Höhe von 17,1 Mio. € (Vorjahr: 11,0 Mio. €) wird der Verlustrücklage zugeführt.

Aufschlüsselung des Gesamthonorars des Abschlussprüfers nach § 285 Nr. 17 HGB

Gesamthonorar des Abschlussprüfers	
	Tsd. €
Abschlussprüfungsleistungen	101
Andere Bestätigungsleistungen	30
Sonstige Leistungen	55
Gesamt	186

Mitarbeiter der Pensionskasse

Im Berichtsjahr beträgt die durchschnittliche Beschäftigtenzahl:

Mitarbeiter der Pensionskasse		
Anzahl	2010	2009
Angestellte	127	127
Aushilfen	–	1
Gesamt	127	128

Personalaufwendungen				
	2010 Tsd. €	2009 Tsd. €	Veränderung	
			Mio. €	%
Löhne und Gehälter	7.895	7.641	254,0	3,3
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	1.190	1.132	58,0	5,1
Aufwendungen für Altersversorgung	733	1.331	–598,0	–44,9
Gesamt	9.818	10.104	–286,0	–2,8

Bedingt durch die neuen Regelungen des BilMoG ist in den Personalaufwendungen 2010 der Zinsanteil der Rückstellungsdotierung in Höhe von 500 Tsd. nicht mehr enthalten.

Die nach § 285 Nr. 9a HGB anzugebenden Gesamtbezüge des Vorstands im Jahr 2010 betragen 946 Tsd. € (Vorjahr: 900 Tsd. €). Die nach § 285 Nr. 9b HGB anzugebenden Rückstellungsbeträge belaufen sich zum 31. Dezember 2010 auf 2.288 Tsd. € (Vorjahr: 1.929 Tsd. €). Die Bezüge nach § 285 Nr. 9b HGB belaufen sich in 2010 auf 153 Tsd. € (Vorjahr: 174 Tsd. €).

Der Gesamtbetrag der ausschüttungsgesperrten Beträge im Sinne von § 268 Abs. 8 HGB beträgt 25 Tsd. €. Er resultiert vollständig aus der Aktivierung von Vermögensgegenständen zum Zeitwert.

5. Organe der Pensionskasse

Vertreterversammlung

Vorsitzender
Frank Niebergall

1. Stellvertreter
Dr. Thomas Hüfken

2. Stellvertreter
Susanne Fischer

Francesco	Abbruzzino		Peter	Giebler	
Heinz-Gerhard	Adam		Sabine	Gieß	
Cäcilia	Albert		Berndt	Gimbel	
Elfriede	Amann		Ralf	Göbel	
Andelko	Antinac		Manfred	Götz	
Blanka	Bach		Dr. John Derek	Gribbin	
Bernhard	Bakat		Monika	Grosser	
Karin	Bässler		Maria	Gruber	
Michael	Belz		Ralf	Gunther	
Ralf	Bender		Christine	Habedank	
Dirk	Best		Waltraud	Hager	
Marion	Bomm		Volker	Heinrich	
Irmgard	Bösel		Kai-Uwe	Hemmerich	
Alfons	Bötsch		Norbert	Henrich	
Hans-Jürgen	Brinkmann	(bis 30.06.2010)	Dr. Detlef	Herbst	(bis 27.05.2010)
Bernd	Butzbach		Hans Jürgen	Herrmann	
Werner	Conrad		Peter	Hesse	
Jakob	Creeten		Walter	Hilpert	
Erwin	Czech		Heidemarie	Hoffmann	(bis 30.06.2010)
Jürgen	Denich		Stefan	Hoffmann	
Jörg	Dublaski		Ernst	Hofmann	
Dirk	Dybus		Andrea	Hofmann	(ab 01.03.2010)
Andrea	Ebeling		Peter	Höhne	
Dr. Günter	Eisbrenner		Klaus	Holz	
Rolf-Dieter	Fischer		Barbara	Hoover	
Dagmar	Fleischhut		Herbert	Huber	
Klaus-Dieter	Frese	(bis 30.06.2010)	Samir	Jusufagic	
Sven	Fröhlich		Michael	Jüttner	
Sven	Fuchs		Günther	Kaltenbach	
Stefan	Furtwängler	(bis 27.05.2010)	Rudolf	Kiefer	(bis 28.02.2010)
Oskar	Gaden		Hartmut	Kilb	
Reinhold	Gebhard		Karin	Klein	
Wolfgang	Geuppert		Wolfgang	Klingberg	(bis 27.05.2010)

Dr. Peter	Klostermann		Reinhold	Sand	(ab 01.03.2010)
Markus	Kohler		Matthias	Schaeben	
Albert	Kretschmer		Hermann	Schendel	
Antonietta	Kuhley		Nicole	Schickel	
Ralf	Kündgen		Dieter	Schleicher	
Klaus	Lambrich		Birgit	Schmidt	(bis 30.06.2010)
Jörg	Lehnert		Erwin	Schmidt	
Roland	Leneis		Manfred	Schmitt	
Anja	Liebl		Michael	Schnabl	
Herbert	Lindofsky		Claudia	Schönherr	
Horst	Link		Dieter	Schulze	
Ralf	Loesdau		Dr. Rainer	Schütze	
Ulrich	Loose		Manfred	Schwambach	(ab 22.12.2010)
Jens	Lüders	(ab 01.04.2010)	Dr. Josef	Schwarz	
Heinrich	Malura		Gerhard	Schwefer	
Jürgen	Maurer	(bis 30.06.2010)	Frank	Sellini	
Christian	Meisinger		Werner	Sittig	
Susanne	Michalke		Claus	Stemmler	(bis 30.06.2010)
Uwe	Munk		Frank	Steuernagel	
Sabine	Muth	(bis 30.06.2010)	Axel	Storch	
Angelika	Niedziella		Achim	Tobelander	
Ruth	Ohneiser		Reiner	Ulrich	(bis 21.12.2010)
Kay	Paysen		Edwin	Vogel	
Roger	Podstatny		Anke	Weber	(ab 01.07.2010)
Wolfgang	Poenitz	(bis 31.03.2010)	Markus	Weigert	
Dr. Johannes	Posselt		Hubert	Weiland	
Stefan	Prelec		Peter	Weiler	(ab 01.07.2010)
Winfried	Preß		Hermann	Wiedholz	
Thomas	Ritz		Heinz	Will	
Martina	Röhrich		Michael	Windecker	
Friedrich	Rother		Michael	Zärle	
Reza	Saheb		Hans-Peter	Zilleken	
Günther	Sailer	(bis 28.02.2010)			

Aufsichtsrat

Vorsitzender

Dr. Klaus Menken

Geschäftsführer Finance, Purchasing and Information Solutions der Sanofi-Aventis Deutschland GmbH

Ulf Bialojahn (bis 14. März 2011)

Ehemals Geschäftsführer Human Resources Germany und Arbeitsdirektor der Sanofi-Aventis Deutschland GmbH

Reinhard Brandhuber

Vorsitzender des Betriebsrats der Clariant Produkte (Deutschland) GmbH, Standort Gendorf

Andreas Haase

Human Resources Consultant, DuPont Performance Coatings GmbH

Wilhelm Hauf

Vice President Group Accounting, Taxes and Insurances, SGL Carbon SE

Steffen Huß

Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der AIR LIQUIDE Deutschland GmbH

Michael Klippel

Vorsitzender des Betriebsrats der Sanofi-Aventis Deutschland GmbH, Standort Frankfurt

Holger Lassen

Geschäftsführer und Arbeitsdirektor der DuPont Performance Coatings GmbH

Gerald Mosel

Gesamtbetriebsratsvorsitzender der Oxea GmbH

Norbert Nett

Infraserv GmbH & Co. Höchst KG

Dr. Ulrich Ott

Vorsitzender der Geschäftsführung der Clariant Verwaltungsgesellschaft mbH

Stellvertretende Vorsitzende

Monika Reiter (bis 31. März 2010)

Ehemals Stellvertretende Vorsitzende des Betriebsrats der Sanofi-Aventis Deutschland GmbH, Standort Frankfurt-Höchst

Michael Klippel (ab 26. Mai 2010)

Vorsitzender des Betriebsrats der Sanofi-Aventis Deutschland GmbH, Standort Frankfurt

Hartmut Otto

Leiter Personal- und Grundsatzfragen der AIR LIQUIDE Deutschland GmbH, Düsseldorf

Wolfgang Poenitz (ab 01.04.2010)

Mitglied des Betriebsrates der Sanofi-Aventis Deutschland GmbH

Dr. Michael K. Reuter

Vorsitzender des Unternehmenssprecherausschusses der Sanofi-Aventis Deutschland GmbH, Mitglied der Aufsichtsräte der Sanofi-Aventis Deutschland GmbH und der Hoechst GmbH

Karl-Hugo Schmicking

Vorsitzender des Konzernbetriebsrats der Clariant Gruppe Deutschland, Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats der Clariant Verwaltungsgesellschaft mbH und der Clariant Produkte (Deutschland) GmbH

Dr. Emmanuel Siregar (ab 24. März 2011)

Personalleiter der Sanofi-Aventis Deutschland GmbH

Hanfried Stöppler

Head of CoE Compensation/Benefits and Social Relations der Sanofi-Aventis Deutschland GmbH

Jürgen Vormann

Vorsitzender der Geschäftsführung der Infraserv Verwaltungs GmbH und Vorsitzender der Geschäftsführung der Infraserv GmbH & Co. Höchst KG

Wolfgang Weber

Global Head of Asset Management & Pensions, Corporate Finance & Treasury der Sanofi-Aventis S.A. (Paris)

Vorstand



Vorsitzender

Joachim Schwind

Versicherungsgeschäft
Risikomanagement



Jörg Blaurock

Immobilienmanagement
Immobilienfinanzierung



Alexander Helmes

Asset Management



Thomas Pralle

Versicherungstechnik
Informationstechnik

Frankfurt am Main, den 31. März 2011

■ Pensionskasse der Mitarbeiter der Hoechst-Gruppe

Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit

Der Vorstand

Joachim Schwind

Jörg Blaurock

Alexander Helmes

Thomas Pralle

D. Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Pensionskasse der Mitarbeiter der Hoechst-Gruppe VVaG, Frankfurt am Main, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften (insbesondere der §§ 341 ff. HGB und der RechVersV) und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Pensionskasse. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Pensionskasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Pensionskasse. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Pensionskasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, den 13. April 2011

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Klaus Höfer
Wirtschaftsprüfer

ppa. Peter Schulz
Wirtschaftsprüfer

E. Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung des Vorstands entsprechend den nach Gesetz und Satzung zugewiesenen Aufgaben laufend überwacht. Er hat sich insbesondere in seinen Sitzungen anhand schriftlicher und mündlicher Berichte des Vorstands über die Geschäftslage der Pensionskasse unterrichten lassen. Alle grundsätzlichen Fragen zur Geschäftsführung, Vermögensanlage und zur Geschäfts- und Risikostrategie wurden erörtert. Im Geschäftsjahr 2010 fanden die Sitzungen des Aufsichtsrats am 26. Mai und am 2. November statt. Die von dem Aufsichtsrat gebildeten Ausschüsse für Kapitalanlagen und Personal sind in 2010 ebenfalls jeweils zweimal zusammengekommen.

In seiner Sitzung am 26. Mai 2010 hat der Aufsichtsrat die PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main, zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2010 bestellt.

Jahresabschluss und Lagebericht für das Geschäftsjahr 2010 sind durch die PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main, geprüft und von ihr mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Auf dieser Grundlage hat der Aufsichtsrat den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss und den Lagebericht in seiner Sitzung am 18. Mai 2011 geprüft und ohne Einwendungen gebilligt.

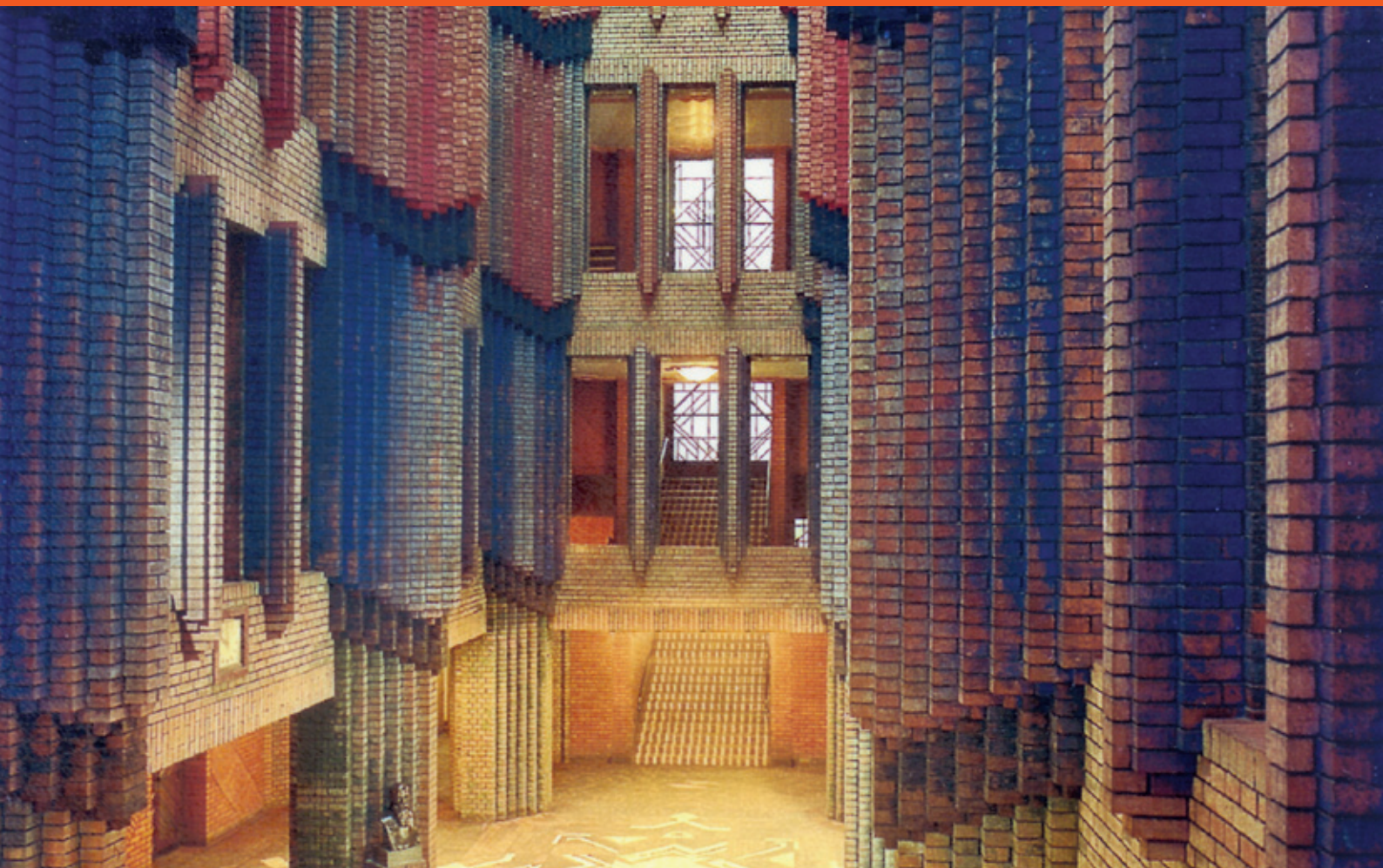
Der Aufsichtsrat dankt den Mitgliedern des Vorstands sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Pensionskasse für die im Geschäftsjahr 2010 geleistete Arbeit.

Frankfurt am Main, den 18. Mai 2011

Der Aufsichtsrat



Dr. Klaus Menken
Vorsitzender



■ Pensionskasse der Mitarbeiter der Hoechst-Gruppe

Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit